

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Hindenburgs neueste Notverordnungen

Brüning-Kabinettskrise durch Erdrosselung proletarischer Wehrverbände und Verbot der Freidenker vertagt. Zwei neue Notverordnungen — zwei neue Schläge gegen die Arbeiterbewegung!

Berlin, 4. Mai 1932.

Offiziell wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat heute zwei Verordnungen unterzeichnet. Mit der ersten Verordnung werden alle politischen Verbände, die militärisch organisiert sind, oder sich so betätigen, der Kontrolle des Reichsministers des Innern unterstellt. Durch die zweite Verordnung sind die kommunistischen Gottlosenorganisationen mit sofortiger Wirkung für das ganze Reichsgebiet aufgelöst worden.

*

Die bankerotte Regierungskunst der Brüning-Diktatur will sich um einen neuen Schandpreis über die Kabinettskrise hinweg helfen. Die proletarischen Wehrverbände werden erdrosselt, die revolutionären Freidenker verboten! Jetzt werden die hungrigen Mägen gesättigt sein und die feiernden Hände Arbeit haben. ...

Was ist der Sinn der Notverordnungen?

Die Spitze der Exekutivgewalt wird gestärkt, für die im Reiche drohende offene Militär- und Nazidiktatur ist der Weg weiter freigemacht.

Denn mit der ersten der neuesten Notverordnungen werden alle politischen Wehrverbände der Kontrolle des Reichsinnenministers unterstellt. Herrn Groener und seinem ungeduldig wartenden Nachfolger aus der Generalskamarilla wird an die Hand gegeben zu entscheiden, ob eine Wehrorganisation die „Staatsautorität“ gefährdet. Ein generelles Reichsbannverbot und ein Verbot der proletarischen Wehrorganisationen, das aufreizend gewirkt hätte, wird vermieden. Dafür aber ihre weniger alarmierende Abdrosselung im Notverordnungsverwaltungswege!

Auf der anderen Seite: Zwar keine offizielle Zurücknahme des SA-Verbetes, aber in der Praxis die Konzession für die braunen Mordbanden, unter neuen Firmenschildern die Privatarmee des Herrn Hitler wieder aufzumachen. Nicht einmal der Zwang zur Tarnung bleibt ihr auferlegt! Triumphierend kann der „Völkische Beobachter“ schreiben:

„Der Kanzler hat die ungeheuerlichste Selbstdesavouierung seiner letzten Notverordnungs politik dem Sturz des Kabinetts vorgezogen!“

Die zweite Notverordnung löst die revolutionären Freidenkerorganisationen auf! Die Muckerregierung nennt sie „kommunistische Gottlosenorganisationen“! Der Geist des Vormärzes geht um in Hindenburg-Brüning-Deutschland. In einem Kommentar wird gesagt, daß es galt, die christliche Kultur und die Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit vor dem Bolschewismus zu retten! Für die Kirchen aller Konfessionen und für die konfessionellen Muckerorganisa-

tionen hat Hindenburg-Deutschland hunderte Millionen Subventionen zur Verfügung, für die proletarischen Freidenkerorganisationen — die Auflösung. Ein Präzident für den schwarz-blauen Block, Kitt für eine Brüning-Knaus-Hugenberg-Konzentration! Nur so weiter mit der Rettung; das ist der sicherste Weg zum Faschismus.

*

Am Montag tritt der Reichstag zusammen. Wird die Sozialdemokratie auch jetzt wieder ihr kleineres Übel, die Schrittmacher des Faschismus und des schwarzen Rückschritts, weiter tolerieren?

Soll die Selbstmordpolitik weitergehen, die Arbeiterorganisationen mit verantwortlich

macht für die Fesseln, in die die Klasse geschlagen wird?

Wir wiederholen angesichts der neuesten Schläge ins Gesicht der Arbeiterklasse leidenschaftlich unsere Forderung:

**Schluß mit der Tolerierung!
Fort mit den Schrittmachern
des Faschismus!
Fort mit der Brüning-
Diktatur!**

Her mit dem Arbeiterblock gegen Notverordnungs diktatur, Faschismus und Kulturreaktion!

Sozialdemokrat von SS-Führer erschossen

TU. Danzig, 3. Mai 1932

In Neuteich kam es am Dienstag nachmittag zu einer schweren Bluttat. Der Bauunternehmer Martin Rudzinski, Führer der SS. in Neuteich, hatte bereits am Dienstag vormittag mit der Frau des sozialdemokratischen Stadtverordneten Grün einen Streit auf der Straße. Am Nachmittag stellte der Ehemann den Rudzinski auf offener Straße zur Rede. Im Verlauf des Streits zog Rudzinski einen Revolver und gab auf Grün vier

Schüsse ab. Ein Schuß traf in die Herzgegend und hatte den sofortigen Tod Grünns zur Folge. Außerdem schoß Rudzinski noch mehrmals auf Frau Grün, die jedoch unverletzt blieb.

Acht Monate Gefängnis für Paffrath

Berlin, 4. Mai 1932.

Das Schnellschöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte am Mittwoch den im Karl-Liebknecht-Haus beschäftigten Tischler Emil Paffrath wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu acht Monaten Gefängnis. In der Wohnung Paffraths waren Koffer beschlagnahmt worden, in denen sich Abzeichen und Schriften des verbotenen Rotfrontkämpferbundes befanden. (Das war also die ganze Ausbeute der berühmten Severing-Aktion!)

Um die Regierungsbildung in Anhalt

TU. Dessau, 3. Mai 1932

In der Besprechung der die Regierungskoalition bildenden Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Stahlhelm, Deutsche Volkspartei, Hausbesitzer) herrschte Einmütigkeit darüber, daß für Anhalt ein Minister genüge und daß ein entsprechender Antrag auf Aenderung der Verfassung im Landtag unverzüglich vorzulegen sei. Auf Vorschlag der Nationalsozialisten wurde die Bestellung des Regierungsrats a. D., Rechtsanwalt und Notar Freyberg aus Quedlinburg einstimmig gebilligt. Falls die Sozialdemokraten auf der Beibehaltung beider Ministerposten bestehen sollten, so würden die bürgerlichen Fraktionen auch den zweiten Minister aus ihrer Mitte stellen.

Schleicher vor den Toren

Vor der Reichstags tagung

b. j. Berlin, 4. Mai 1932.

Am Montag, 9. Mai, tritt der Reichstag zu seiner „Sommertagung“ zusammen. Er soll den Reichshaushalt verabschieden. Seine Gestaltung ist übrigens bisher nicht durchgesiebert — ein Umstand, der im Hinblick auf die bekannte Mittelsamkeit des Herrn Dietrich zu sehr pessimistischen Rückschlüssen auf die Art und Ertragsfähigkeit der vom Reichsfinanzminister neu entdeckten Quellen zwingt.

Bis zum 9. Mai aber will der Reichskanzler vor allem auch den krisenhaften Zustand in seinem Kabinetts beseitigt haben, um das Parlament nicht etwa auf den Gedanken zu bringen, daß es bei der wohl doch erforderlich werdenden Umgestaltung der Regierung ein Wort mitzureden habe.

Da die Nachrichten von einer Ausschiffung Groeners nicht verstummen wollen, andererseits auch aus sonstigen Nachrichten angenommen werden muß, daß der General von Schleicher die erforderlichen Schritte getan hat, um sich durch Abschüttelung des Verdachtes, als sei er gegen das SA-Verbot gewesen, regierungsfähig zu machen, kann möglicherweise tatsächlich die gegenwärtige Krise mit dem Ende der ministeriellen Laufbahn Groeners zusammenfallen.

*

Auch der Ersatz des zurückgetretenen Reichswirtschaftsministers Professor Warmbold macht ernste Schwierigkeiten. Der Leipziger Oberbürgermeister und gescheiterte Preis-Senkungskommissar Dr. Goerdeler, den Brüning als Preisabbaukommissar lieben und schätzen gelernt hat und den er jetzt durch die Ernennung zum Reichswirtschaftsminister in seine Nähe zu ziehen gedachte, scheint endgültig abgelehnt zu haben. Ebenso aber verspürt auch der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg, an den man in zweiter Linie dachte, wenig Lust, die sichere Position des Staatssekretärs mit der um vieles weniger sicheren des Ministers im Diktaturkabinetts zu vertauschen. Auch die übrigen Umbesetzungen innerhalb der Reichsregierung, die schon seit längerem erwartet wurden, nun auch a tempo zu vollziehen. Es handelt sich um das Außenministerium, für das eine ganze Reihe von diplomatischen Größen parat stehen, und um das Innenministerium, aus dem Minister Groener auch dann verschwinden soll, wenn es seinem, auch durch des Jenu-schalers Einflüsterungen noch nicht ganz ge-



brochenen persönlichen Einfluß beim Reichspräsidenten gelangen sollte, sich im Wehrministerium trotz dem Ansturm der Büro-Generale zu behaupten.

Je länger die Kabinettkrise anhält, desto mehr muß sie sich untermäßig verschärfen. Die Ungewißheit über die künftige Gestalt der preußischen Regierung und des Herandrängens der Nationalsozialisten an die Macht und an die Futterkripen machen Herrn Brüning um die Geschlossenheit seines Kabinetts große Sorge.

*

Der „Vorwärts“ bespricht unter der hoffnungsvollen Überschrift „Brüning hält sich“ die Regierungskrise mit all ihrem Drum und Dran in einer kennzeichnenden Weise. Warmbolds Abschiedsgesuch, dessen Folgen doch durchaus den weiteren Abrutsch der Regierung ins Faschistische bezeichnen, entlockt ihm bloß den Satz:

„Wenn es weiter nichts ist...? Dann führt der „Vorwärts“ fort:

„Als Ergebnis der Besprechung mit dem Reichspräsidenten erwartet man für heute zwei Notverordnungen, von denen die eine das Reichsbanner weiterbestehen läßt, die andere der kommunistischen „Gottlosenbewegung“ an den Leib rückt...“

Der „Vorwärts“ ist bescheiden. Den Brüning und Groener sei Dank, die das Reichsbanner — weiterbestehen lassen, nachdem ihm vorerst einmal alle Giftzähne hübsch gezogen sind. Dank der hohen Obrigkeit, die es in ihrer Güte — denkt doch nur! — bei dem Rade bewenden lassen will. Schließlich findet der „Vorwärts“ es noch nötig, feierlich zu versichern, daß die „Sozialdemokratische Partei natürlich in keiner Weise“ an den Notverordnungen mitgewirkt habe, und schließlich wird es ganz heiter, wenn das sozialdemokratische Zentralorgan feststellt, daß alles in bester Ordnung sei und nur noch „die Ordnung im Reichswehrministerium“ wiederhergestellt werden müsse. Das zielt auf den General von Schleicher, den die heldenmütigen Kämpfer in der Lindenstraße einer höheren Gewalt zur Maßregelung empfehlen. Im Augenblick steht es allerdings eher so aus, als ob der General von Schleicher sehr bald in die Lage kommen könnte, in der Lindenstraße „die Ordnung wiederherzustellen“.

Warum Warmbold ging

Wir haben in der „SAZ“ bereits am 12. April auf Unstimmigkeiten im Schoße der Reichsregierung hingewiesen und insbesondere den Konflikt zwischen dem Reichsfinanzminister Dietrich und dem Reichswirtschaftsminister Warmbold erwähnt, der darauf zurückging, daß Dietrich in die Dezember-Notverordnung die Erhöhung der Umsatzsteuer hineinschrieb, ohne Vorwissen des mit dieser Maßnahme ganz und gar nicht einverstanden Reichswirtschaftsministers und Vertreters der IG-Farben im Reichskabinet Warmbold. Später hat Professor Warmbold besonders hart getadelt, daß Dietrich, der dem Bankkapital eng verbunden ist, den Herren Jakob Goldschmidt und Herbert M. Gutmann die Aufnahme in das Direktorium der umgegründeten Dresdner Bank für einen Termin nach den Przewahlen versprochen hatte. Zuletzt hat Warmbold gegen Dietrichs Haushaltsplan die nachdrücklichsten Bedenken geäußert.

Die „Deutschen Führerbriefe“ sagen, nach einer im wesentlichen mit der unstrichen übereinstimmenden Darstellung der Beweggründe Warmbolds, besonders seiner Differenzen mit Dietrich, das folgende:

„Dietrich ist auch jetzt wieder, soweit Personen in Frage kommen, die eigentliche Veranlassung von Warmbolds Rücktritt. Arbeitszeitverlängerungs- und Arbeitsbeschaffungspläne wurden ohne ihn vorbereitet, verhandelt, veröffentlicht. Also bleiben die Versprechungen, die der Kanzler dem verzweifelten Wirtschaftsminister immer gab, ohne Erfüllung. Aber mit Dietrich ist es noch schlimmer. Erst die Umsatzsteuer, dann der Etat, der nach Warmbolds Meinung falsch aufgestellt ist. Dann die Bankenfrage. Der vollkommen unpolitische Wirtschaftsminister will nicht verstehen, warum so viele demokratische Persönlichkeiten bei der Sanierung gebraucht werden. Endlich die Prämienanleihe.“

Die IG-Farben waren es, die die Hindenburgwahl finanzierten. Jetzt werden rücksichtslos ihre Forderungen auf größere Massenbelastung — Steigerwalds schon weit genug gehende Vorschläge (Arbeitszeitverlängerungs- und Arbeitsbeschaffungspläne) genügen ihrem Vertreter Warmbold noch nicht! — abgewiesen, weil für die Existenz der Regierung Brüning im Augenblick die Zustimmung der Gewerkschaften, zumal der christlichen Gewerkschaften wichtiger ist. (Die Reichstagstagung steht vor der Tür!) Nach der Reichstagstagung wird man vielleicht wieder auf sie Rücksicht nehmen müssen, wenn es nicht den Generalen gelingt, das Steuer ganz auf Sturm heranzuwenden, und gestützt auf die Schwerindustrie, unter Tolerierung seitens der Hitlerpartei, ihren eigenen Kurs zu steuern. B. J.

Schlag gegen proletarische Wehrorganisationen u. Freidenker

Wortlaut der neuen Notverordnungen

Gegen antifaschistische Wehrverbände, für die Wiederzulassung der SA unter dem Titel:

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 3. Mai 1932

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. 1. Politische Verbände, die militärisch organisiert sind oder sich so betätigen und ihre Unterverbände, sind verpflichtet, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre Satzungen zur Prüfung vorzulegen. Sie haben ferner dem Reichsminister des Innern jede beabsichtigte Satzungsänderung, soweit sie ihre Organisation oder ihre Tätigkeit betreffen, unverzüglich anzuzeigen.

2. Die in Absatz 1 genannten Verbände sind verpflichtet, unverzüglich jede Satzungsbestimmung zu ändern oder zu streichen und jede Bestimmung in die Satzung neu aufzunehmen, soweit dies der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält; dies gilt insbesondere für Bestimmungen über die Organisation und Tätigkeit der Verbände.

§ 2. 1. Verbände, die einer Verpflichtung aus § 1 nicht nachkommen oder einer auf Verlangen des Reichsministers des Innern geänderten oder neu aufgenommenen Satzungsbestimmung zuwiderhandeln, können vom Reichsminister des Innern mit Wirkung für das Reichsgebiet aufgelöst werden. Wird die Auflösung angeordnet, so sind die §§ 2, 3 der Verordnung der Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 175) entsprechend anzuwenden.

2. Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen von Tage der Zustellung die Beschwerde zulässig, die beim Reichsminister des Innern einzureichen ist; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet der nach § 13 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 79) zuständige Senat des Reichsgerichts in dem hierfür bereits geregelten Verfahren.

§ 3. 1. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung der Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern. Er bestimmt, welche Verbände als militärische politische Verbände im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.

(Unterschriften)

Gegen revolutionäre Freidenkerverbände unter dem Titel:

Verordnung des Reichspräsidenten über Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisation

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Die Internationale Proletarischer Freidenker (Sitz der Exekutive Berlin) und die ihr nachgeordneten oder angeschlossenen kommunistischen Freidenkerorganisationen, insbesondere der Verband Proletarischer Freidenker Deutschlands einschließlich der Proletarischen Freidenker-Jugend, der Freidenker-Pioniere und der Frauen-Kommissionen sowie die Kampfgenossenschaften Proletarischer Freidenker werden mit allen dazu gehörigen Einrichtungen einschließlich der Verlagsbetriebe für das Reichsgebiet mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2. 1. Wer an dieser Organisation, die nach Artikel 1 aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder den von der Organisation erstrebten Zweck durch Herstellen, Einführen, Verbreiten oder Vorrätighalten von Druckschriften weiter verfolgt, oder die Organisation auf andere Weise unterstützt, oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die zur Begehung des in Absatz 1 bezeichneten Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

5. Die Beschlagnahme der in Absatz 1 bezeichneten Druckschriften ist ohne richterliche Anordnung zulässig. Die Vorschriften der §§ 24 bis 28 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. I S. 65) finden Anwendung.

§ 3. 1. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft, § 2 tritt mit dem zweiten Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung der Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

(Unterschriften.)

Zuchthausstrafen für Kommunisten

Fürstenwalder Reichswehrprozeß

TU. Leipzig, 4. Mai 1932.

In dem Strafverfahren wegen der Zeretzungsarbeit im Reiterregiment 9 zu Fürstenwalde verurteilte der Vorsitzende des 4. Strafsenats, Reichsgerichtsrat Coenders, am Mittwoch das Urteil. U. a. wurden verurteilt wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz der frühere städtische Angestellte Willi Schulz aus Berlin zu

drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust,

der Bauklempler Paul Frost aus Fürstenwalde, der Magistratsangestellte Alfred Schulz zu zwei Jahren sechs Monaten Festungshaft, der Arbeiter Hans Schütze zu zwei Jahren Festungshaft, der Arbeiter Otto Hudler zu zwei Jahren neun Monaten Festungshaft, der Hobler Joseph Markwitz zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft, sämtlich aus Fürstenwalde.

Ferner wurden verurteilt: der Dreher Adolf Slusarek aus Berlin-Mariendorf, der Bankangestellte Helmuth Borch aus Berlin, der Schriftsetzerlehrling Rudolf Arndt aus Berlin zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft und der Zeitungshändler Max Braun aus Berlin-Wannsee zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft, endlich noch wegen vorsätzlichen Verbrechens gegen § 92 Abs. 1 des Militärstrafgesetzbuches der frühere Obergefreite Fritz Engwicht aus Letschin (Oderbruch) zu zwei Monaten Gefängnis. Der ebenfalls angeklagte Dreher Oskar Welk aus Ketschendorf bei Fürstenwalde wurde freigesprochen. Der „Rote Reiter“, Zeitung für die Mannschaften des Reiterregiments 9, Jahrgang 1 Nr. 1, wird eingezogen und unbrauchbar gemacht, ebenso der „Rote Flitzer“,

Zeitung für die Unterbeamten der Polizeiunterkunft Wrangelstraße.

Nach Verkündung des Urteils erhob sich unter Führung des Angeklagten Arndt ein Tumult im Gerichtssaal. Arndt forderte die anwesenden Zuhörer auf, mit ihm einzustimmen „Trotz alledem ein dreifaches Rot Front“, und Arndt stimmte daraufhin das Lied an „Wacht auf“, in das eine Anzahl Zuhörer mit einzufallen versuchte. Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Eichler griff aber alsbald die Polizei ein, verhinderte weitere Kundgebungen und führte einen der Beteiligten vor, der alsbald in eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von drei Tagen genommen wurde, desgleichen wegen Ungebühr vor Gericht die Angeklagten Arndt, Slusarek und Schulz.

Gesetz zur Bekämpfung der Unsittlichkeit

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Staatsrats hat einen Antrag eingebracht, der die Schaffung eines „Gesetzes zur Bekämpfung der Unsittlichkeit“ fordert. Das Schund- und Schmutzgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Reichsgewerbeordnung sollen entsprechend verarbeitet werden. Die öffentlichen Polizeibehörden sollen weitgehende Kontrollbefugnisse zugewiesen erhalten!

Eine neue Notverordnung ist also auch hier noch zu erwarten!

Nadolny kommt nach Berlin. Der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, begab sich am Mittwoch für einige Tage nach Berlin, um dem Reichskanzler über den Stand der Genfer Verhandlungen zu berichten.

Frankreich vor den Stichwahlen

In Frankreich wird jetzt fieberhaft der Aufmarsch zum zweiten Wahlgang vorbereitet, wobei naturgemäß das Schwergewicht auf den Abschluß von Wahl-Bündnissen gelegt wird.

Der Vollzugsausschuß der radikalsozialen Partei hat am Dienstag beschlossen, die einzelnen Landesgruppen aufzufordern, überall eine Verständigung mit den republikanischen Kandidaten herbeizuführen und durch gegenseitigen Verzicht der Reaktion den Weg zu versperren. Es handelt sich also um die auch bei den letzten Wahlen im Jahre 1928 verfolgte Taktik, alle Stimmen auf denjenigen Linkskandidaten zu vereinen, der nach dem ersten Wahlgang die meisten Aussichten auf Erfolg hat. Der Ausschuß hat sich sodann mit der möglichen Zusammensetzung der neuen Regierung beschäftigt, ohne jedoch schon irgendwelche Beschlüsse zu fassen. In einer parteiinternen Verlautbarung heißt es vielmehr, daß die Partei entschlossen sei, sich volle Handlungsfreiheit bis nach Beendigung des zweiten Wahlgangs vorzubehalten und erst am 18. Mai endgültige Richtlinien für die Haltung der Partei bei der Regierungsbildung aufzu stellen.

Die Sozialisten, die ebenfalls am Dienstag berieten, haben fast die gleiche Haltung eingenommen und nur da eine Ausnahme zugelassen, wo der aussichtsreichste Kandidat ein Kommunist ist. In diesem Fall werden sie ihren Kandidaten einfach zurückziehen und weder für den Kommunisten noch für irgendeine andere Gruppe stimmen.

Andererseits hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs der „Roten Fahne“ zufolge einen Aufruf erlassen, „in dem den Massen die kommunistische Politik Klasse gegen Klasse erklärt wird, die bedingt, daß auch im zweiten Wahlgang die eigenen Kandidaten der Arbeiterklasse allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten entgegengestellt werden.“

Mit diesem Beschluß beschreitet die französische Kommunistische Partei wieder dieselbe Linie, die noch vor etwa dreiviertel Jahren als sektiererisch verworfen wurde und zu einer Umbildung des Zentralkomitees geführt hat. Diese Haltung ist auch um so unverständlicher, als sich in Frankreich niemand etwas durch das Eingehen solcher Stichwahlbündnisse vergibt und doch auch der Ausgang der ersten Wahl die Kommunisten über die Verkehrtheit ihrer Taktik belehrt haben mußte. Hat die Partei doch gegenüber den letzten Wahlen einen Rückgang der Stimmen von 1.069.000 auf rd. 700.000 zu verzeichnen, was einem Verlust von nicht weniger als einem Viertel entspricht. Auch der Beschluß der Sozialisten, die Abstimmung den Mitgliedern frei zu lassen, wenn ein Kommunist als aussichtsreichster Kandidat in Frage kommt, kann natürlich nicht genügen, läßt aber doch erkennen, daß die Kommunisten bei ihnen sehr wohl die Bereitschaft zu Wahlvereinbarungen gefunden hätten.

Herriot baut Brücken

Paris, 4. Mai 1932.

Herriot wurde am Dienstag von Pressevertretern wegen seiner Erklärung über das Verhältnis seiner Partei zu der bisherigen Regierungsmehrheit befragt. Herriot hatte bekanntlich erklärt, daß die Brücke zwischen den Radikalsozialisten und dem Ministerpräsidenten nach der letzten Rede Tardieus in Belfort endgültig abgebrochen sei. Herriot erklärte nun am Dienstag ausdrücklich, daß er damit nicht jede künftige Zusammenarbeit mit der Regierungsmehrheit verurteilt, sondern nur einen gewissen aggressiven Ton in den Ausführungen Tardieus festgestellt habe, der diese Zusammenarbeit erschwere. In dieser Erklärung Herriots sieht man einen Beweis dafür, daß die Radikalsozialisten die Brücke nicht abbrechen wollen, die für die Bildung einer Konzentration von größter Bedeutung ist.

Drohungen des englischen Bergbauministers

Londoa, 4. Mai 1932.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsverhandlungen im Unterhaus forderte der Bergwerksminister Isaac Foot aufs energischste die Ergreifung der sofortigen Maßnahmen gegen die ausländischen Kontingentierungsbeschränkungen für englische Kohleneinfuhren. Es seien bereits sehr nachdrückliche Vorstellungen bei den betreffenden Staaten erhoben worden, es müsse jedoch ein noch viel schärferer Ton angeschlagen werden. Seiner Meinung nach könnten keine Vorstellungen scharf genug sein, um der Empörung Englands über diese Einschränkungsbestimmungen Ausdruck zu geben. Jetzt habe die englische Regierung die beste Gelegenheit, die in dem Einfuhrgesetz vorgesehenen Vergeltungsmaßnahmen zur Anwendung zu bringen.

Ammenmärchen

DFV. Der Kampf gegen die Freidenkerbewegung nimmt manchmal geradezu groteske Formen an. So ist man jetzt in kirchlichen Kreisen auf die Idee verfallen, eine Art Gottlosen-Tscheka in Deutschland zu konstruieren. Bürgerliche Zeitungen entblößen sich nicht, eine Notiz zu bringen, wonach diese Gottlosen-Tscheka vier Todesurteile an Personen zugestellt haben soll. Das erste soll an eine Kaufmanns-Frau in dem Königsberger Vorort Ratshof gegangen sein, ein weiteres an einen Königsberger Pfarrer in leitender Stellung bei der Stadtverwaltung, zwei weitere an einen Pfarrer M. und ein Fräulein O. Die „Ostpreussische Zeitung“, die diese Schauermärchen zuerst brachte, enthält auch gleich deren Zweck, sie fordert nämlich schlangweg auf Grund dieser Todesurteile ein Verbot der Gottloshbewegung in Deutschland.

Diese Bekämpfung der Freidenkerbewegung ist etwas zu plump, als daß sie eine nennenswerte Wirkung erreichen könnte. Die Vater dieser Mache schätzen die Intelligenz der deutschen Bevölkerung und Behörden denn doch etwas niedrig ein.

Die Gottlosen haben kein Interesse daran, einem Pfarrer und ein paar frommen Jungfern Todesurteile zuzustellen. Diese absurde Idee wird wohl aus den Kreisen der Kirchlichen stammen, um den Freidenkern wieder etwas an die Rockschöße hängen zu können. Im Kampf gegen diese scheuen sich die Gegner nicht, auch zur Urkundenfälschung zu greifen.

Großfeuer in Düsseldorf

Düsseldorf, 4. Mai 1932

In dem der Firma Tietz gehörenden Wohnhaus, Ecke Hindenburgwall und Elberfelder Straße, das die eine Ecke des Tietz'schen Warenhausblockes abschließt, brach am Dienstag in Keller ein Feuer aus, das sich in kürzester Zeit zu einem Großbrand entwickelte. Nach wenigen Minuten stand das ganze Treppenhaus in Flammen. Der Feuerwehr gelang es bald, das Feuer zu löschen. Wegen der überaus starken Rauchentwicklung konnte die Feuerwehr nur schlecht in die oberen Räume gelangen, da es zunächst an Rauchmasken fehlte. Später wurden ein Schwerverletzter und einige Leichtverletzte aus den oberen Räumen des Hauses geborgen. Eine Frau lag tot in den oberen Räumen; die Leiche konnte erst später geborgen werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt. Man nimmt an, daß sie auf die Explosion eines Müllkübels zurückzuführen ist.

*

Zu dem Großfeuer in Düsseldorf ist noch zu berichten, daß der Brand durch eine Verkäuferin entdeckt wurde, die auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte das von Rauch und Flammen erfüllte Treppenhaus betrat und sogleich zum Straßenfenster hinaus um Hilfe rief. Sie wurde von der Feuerwehr mit Hilfe einer Feuerleiter gerettet, während ihre Mutter, wie bereits gemeldet, den Flammetod fand und ihr Vater mit schweren Brandwunden an Armen und Kopf auf ein Dach gerettet wurde. Ein Feuerwehrmann erlitt eine Rauchvergiftung.

Die Ursache des Brandes vermutet man in dem Platzen einer Gasuhr, wodurch riesige Stichflammen entstanden, die das Treppenhaus bis zum 4. Stock zur Entzündung brach-

Die Kranken im kapitalistischen System

Die Vierteljahrsberichte der Gesundheitsämter und die Statistik des deutschen Reiches weisen ein Schreckensbild auf über den Gesundheitszustand der arbeitenden Massen. Die Tuberkulose fordert jährlich ungeheure Opfer gerade unter dem Proletariat. Jeder Versuch, ein wirksames Heilmittel dagegen zu schaffen, wird von Tausenden der Lungenkranke als Hoffnung mit großer Spannung verfolgt.

Die bisherigen Mittel in ihren verschiedenen Formen und Anwendungsgebieten: Tuberkulin und ähnliche Seren, chirurgische Eingriffe usw. haben trotz der großen Propaganda und der an sie geknüpften Hoffnungen die Tuberkulose-Stärke nicht zu drücken vermocht. Sie haben in jeder Beziehung enttäuscht. Für die natürliche Heilmethode, den kranken Menschen unter Diät, in Licht, Luft und Sonne zu setzen, ist bekanntlich kein Geld da, das verschluckt der Staatsapparat und seine zu zamernden Trusts und Banken.

Bei dieser Lage sollte man meinen, daß jedes neue Mittel, jeder neu gewiesene Weg von den dazu bestellten Organen: Ärzteschaft, Gesundheitsämtern usw. mit Freuden aufgegriffen würde, geprüft und bei Tauglichkeit weitestgehend angewendet würde. Nichts dergleichen! Denn erstaunlich ist es, zu hören, daß es ein billiges und wirksames Heilmittel gegen die Tuberkulose schon sogar seit vielen Jahren gibt und nicht angewandt wird. Und dieses Mittel hat nicht nur „wissenschaftlich begründete Heilwirkungen“, sondern nachgewiesenermaßen sind bereits viele Tausende Lungenkranke dem Leben zurückgegeben worden. Auch ist dieser Erfinder nicht etwa in unerreichtbarer Ferne, sondern sitzt in Berlin und führt einen Professorentitel. Das Friedmannserum (nach Prof. Friedmann) ist bereits seit etwa 18 Jahren zumindest den eingeweihten Kreisen bekannt und hat bei den tüchtigen Fällen (schwerste Fälle lassen sich nicht mehr behandeln) nach Aussage der damit behandelnden Aerzte eine Heilziffer von über 90 Prozent aufzuweisen.

Mit Recht wird man jetzt fragen, warum dieses Mittel totgeschwiegen wird, warum nicht jeder gebotene Gang gegangen wird?

Die Antwort auf diese Frage gibt uns ein Berufener: Universitätsprofessor Dr. Lenz, München, in seinem Buch: „Menschl. Auslese und Rassenhygiene“:

ten. Einige Wohnungen sind völlig ausgebrannt. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Uebergreifen des Feuers auf das naheliegende Kaufhaus Tietz zu verhindern.

Mord an dem Konkurrenten

Herne, 4. Mai 1932.

Am Dienstagabend wurde der 62jährige Apotheker Dr. Vinzenz Timmermann, der Inhaber der Engel-Apotheke in Herne, von dem 54 Jahre alten Apothekerbesitzer Adolf Zwingmann aus Freren (Kreis Lingen) ermordet. Timmermann hatte die Apotheke in Freren im Januar 1931 an Zwingmann verkauft und sich in Herne niedergelassen. Seit dieser Zeit bestanden zwischen den beiden Kollegen Unstimmigkeiten, weil Zwingmann sich beim Kauf benachteiligt fühlte. Am Dienstagabend fand in der Engel-Apotheke zwischen beiden eine heftige Auseinandersetzung statt, in deren Verlauf Zwingmann eine Selbstladepistole zog und Timmermann durch mehrere Schüsse an Hals und Kinn ver-

... daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiet stehen freilich der Gewandung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich einmal klarmachen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch Zehntausende anderer Aerzte in ihren ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbußen erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.“

Man setze statt Geschlechtskrankheiten nur Tuberkulose, und man hat des Rätsels Lösung. Merk dir daher, Prolet, du darfst nicht gesund werden, weil es ungerecht wäre, wenn man von den Aerzten die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde. Hat man bei euch auch gefragt, ob man eure Existenz im Interesse des Kapitalprofiten opfern dürfe?

Nun wird also die Tuberkulose weiterhin ihre Opfer fordern, weil man für eine Anwendung dieses Mittels nichts tut, sondern alles dagegen tut. Von 45.000 praktizierenden Aerzten in Deutschland behandeln schätzungsweise 150 mit dem Friedmannmittel. Die großen Erfolge werden von all diesen bestätigt. Meist sind dies die sogenannten Proletarierärzte, die dann auch von ihren „Ständegenossen“ entsprechend geschmäht werden. Organisationen, die sich für diesen Mittel wegen seiner Erfolge einsetzen, werden unmöglich gemacht.

Helfen kann hier nur eine Aktion auf breiterer Basis. Den Einzelnen kann man nicht verantwortlich machen für diese Zustände, jeder versucht seine Existenz zu halten oder zu verbessern. Schuld daran ist das System, das den einen Leben läßt nur auf Kosten des andern, in diesem Falle durch die Pein und den Tod des andern. Da helfen auch keine Mittel und Mittelchen, hier hilft nur eine grundlegende Aenderung des Systems. Proleten, macht Schluß mit dem Kapitalismus, der euch verhungern läßt, und unter dessen Herrschaft selbst noch auf Kosten der Kranken eine Rotte Parasiten ein angenehmes Leben führt.

Die Selbstmörderlinie

Forst/Laus., 4. Mai 1932.

Drei gleichartige Selbstmorde ereigneten sich in den gestrigen Morgenstunden. Bei Schönwalde warf sich der 42jährige Robert Rauch aus Teuplitz vor einen Güterzug und wurde getötet. Auf derselben Strecke ließ sich etwas später der 26jährige Räckergeselle Bernhard Müller aus der Richtstraße in Forst vom Zug 502 überfahren. Noch einige Stunden später meldete der Lokführer des 9.56 Uhr in Forst eintreffenden D-Zuges, daß sich in Höhe der Blockstelle Erlenholz ein Mann vor den Zug geworfen habe. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den hiesigen Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Richard Schwarz, handelte. Die Motive zur Tat sind in allen drei Fällen wahrscheinlich wirtschaftliche Not.

D-Zug überfährt Milchwagen

Weimar, 4. Mai 1932.

Am Mittwoch morgen um 2.56 Uhr durchbrach, wie das Eisenbahntribunal am Erfurt mitteilt, bei der Haltestelle Hirschfeld der Strecke Eisenach-Bohra ein Milchkraftwagen mit Anhänger bei dichtem Nebel die geschlossene Eisenbahnbrücke. Der D-Zug 202 Dresden-Frankfurt-Mann erfaßte ihn und tötete den Besitzer Weyer und den Mitfahrer Meyer, beide aus Eisenach. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Der D-Zug erlitt 1 1/2 Stunden Verspätung.

Autobus in Flammen

Kattowitz, 4. Mai 1932.

Am Dienstag geriet ein Autobus der Schlesischen Kleinbahngesellschaft während der Fahrt in Brand. Zahlreiche Insassen sprangen ab, wobei einige beim Aufschlagen auf Straßenpflaster erhebliche Verletzungen davontrugen. Andere hatten bereits Verbrennungen erlitten. Der Führer hatte unterwegs Benzin nachgefüllt, wobei etwas von dem Brennstoff ausfloß. Auf noch nicht geklarte Weise entzündete sich die er Benzintank und brachte schließlich den ganzen Benzinvorrat zur Explosion. Obwohl der Führer durch die Stichflamme schwere Brandwunden erlitt, besaß er noch so viel Geistesgegenwart, den brennenden Autobus zum Halten zu bringen. Der Kraftwagen verbrannte vollständig.

Absturz eines Sportflugzeuges

Magdeburg, 4. Mai 1932.

Auf dem Magdeburger Flughafen ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein auf dem Flug von Warnemünde nach München befindliches Sportflugzeug stürzte kurze Zeit nach dem Start ab und wurde völlig zertrümmert. Wie durch ein Wunder kam der Pilot mit geringfügigen Verletzungen davon. Sein Begleiter wurde mit einer Gehirnerschütterung bewußtlos dem Krankenhaus zugeführt, doch ist auch sein Zustand nicht lebensgefährlich.

Ein Flieger unter Anklage

Krefeld, 4. Mai 1932.

Nach mehrmonatigen Erhebungen ist nunmehr gegen den Kunstflieger Antonius Raab, Mitinhaber der ehemaligen Niederrheinischen Luftfahrtindustrie normals Raab-Katzenstein, vor dem Landgericht in Krefeld Anklage wegen Untreue, Betrug und Unterschlagung erhoben worden. Die Stadt Krefeld hatte seinerzeit die Firma von Kassel nach Krefeld geholt und sie zunächst unterstützt. Das Verfahren wird vor der Großen Strafkammer geführt und wird voraussichtlich eine ganze Woche in Anspruch nehmen. Der genaue Zeitpunkt des Beginns des Verfahrens steht noch nicht fest.

Restauration der neu entdeckten Schinkel-Originale

Berlin, 4. Mai 1932

Als man in der ehemaligen von Schinkel errichteten Bau-Akademie in Berlin gelegentlich des Einzugs der Deutschen Hochschule für Politik in dem für das Auditorium Maximum bestimmten Saal den Putz entfernte, kam bekanntlich die von Schinkel selbst geschaffene Deckenbemalung, ein breiter klassizistischer Fries, zum Vorschein. Obgleich die Malerei nahezu ein Jahrhundert alt ist, war nur eine geringfügige Auffrischung nötig, die jetzt durchgeführt worden ist.

Machen Zugaben eine Zigarette schmackhafter?

Juno, die einen jahrzehntelangen Erfolg verzeichnen darf, gewann lediglich durch ihre hervorragende Güte die Gunst der Raucherwelt.

Deshalb greifen auch unsere Freunde

immer wieder zu ihr, die weder Gutscheine noch Wertmarken noch Stickerereien bringt.

Mit

JUNO

haben Sie für kleinsten Preis höchsten Genuß und volles Format!



Die Faschistenpest in ihrem Element

Das Schicksal der italienischen Deportierten / Von einem Emigranten

Der junge Mann, mit dem ich mich unterhielt, stand im Alter von ungefähr zwanzig Jahren; aus braunem Antlitz blitzten schwarze Augen. Wegen seiner antifaschistischen Gesinnung hatte er mehrere Monate im Gefängnis gewesen und zwei Jahre in der Verbannung gelebt. Er ist der Repräsentant der italienischen Jugend, die noch in der Entwicklung begriffen ist, einer Jugend voll Begeisterung, jedoch ohne Romantik, durch Kampf und Verfolgungen abgehärtet, aber kalt entschlossen, ihr Ziel zu erreichen.

„Die Deportierteninseln“, so berichtete er, sind Lipari, Ustica, Pantelleria, Lampedusa und Ponza. Die beiden ersten liegen in nächster Nähe von Sizilien, die anderen verstreut im Mitteländischen Meer. Ihre Bewohner zählen im Höchstfall einige Tausend. Schrecklich ist es, hier sein Leben verbringen zu müssen. Wenn man auf diesen Inseln geboren ist, kann man vielleicht das tropische Klima ertragen. Der heftige afrikanische Wind weht fast ununterbrochen. Er wühlt das Meer auf und gestaltet dadurch die Verbindung mit Italien äußerst schwierig; an manchen Tagen ist man ganz vom Festland abgeschnitten. Und dies ist nicht ohne Gefahr. Die Wertschafften haben kein Quellwasser. Oft gibt es tagslang nichts zu trinken. Nach einigen Monaten erkrankt man regelmäßig an der sogenannten „Liparina“, einer typhusartigen Fiebererscheinung, die ungefähr vierzehn Tage anhält und den Körper bei höchsten Temperaturen völlig zermüht. Fast unglaublich ist die Art und Weise, wie der Faschismus seine Gefangenen, seine Geiseln behandelt. Ich will Ihnen kurz davon erzählen.

In die Verbannung werden alle diejenigen geschickt, die von der öffentlichen Stimme als Antifaschisten bezeichnet werden. Das allein genügt.

So schreibt es das Gesetz vor. Es ist nicht notwendig, irgend etwas gegen die Regierung begangen zu haben. Es gibt für diesen Fall ein Sondergericht. Demokrat, Republikaner, Sozialist, Kommunist zu sein oder zu bleiben, ist schon Verbrechen genug. Ich z. B. wurde am 6. Dezember 1926 verhaftet, ohne mir der geringsten Schuld bewußt gewesen zu sein. Meine Vergehen bestanden in meinen Anschauungen. Man schickte mich sofort für zwei Jahre nach Ustica. Vierundzwanzig Tage war ich unterwegs. Gewöhnlich dauert diese Reise einen Tag. Von Ustica überführte man mich auf eine Insel nahe Lipari. Diese Ueberführung hat sechsundzwanzig Tage gedauert. Unerträglich war die Langsamkeit. Während fünfzehn oder sechzehn Stunden waren wir an Händen und Füßen gefesselt. In den Waggons gab es weder Licht noch Luft; unbeweglich mußten wir in dieser Lage die ganze Zeit hindurch verharren. Außerdem kann man auf dieser Ueberfahrt auch noch mit Gefängnissen an Land Bekanntschaft machen, wenn beschlossen wird, die Fahrt zu unterbrechen. So waren wir in Palermo elf Mann in einem Raum untergebracht, der vier Meter im Quadrat maß. Das Reisegepäck des einzelnen bestand in einer Decke — nichts sonst! Was

um? Ein Versuch, durch Hungerstreik eine bessere Behandlung zu erzwingen, wurde durch eine eigenartige Drohung im Keim erstickt. Die Wächter sagten uns, daß sie uns bei weiterer Nahrungsverweigerung wegen Beleidigung Mussolinis anzeigen würden. Bei den Faschisten ruht auf diesem Verbrechen eine Strafe von einem Jahr Gefängnis. In dem Paktboot wurde die Rebe noch schlimmer. Stellen Sie sich fünf zusammengeschlossene Menschen vor — das Schiff wird von den hohen Meereswogen hin- und hergeworfen. Der Offizier der „Karabiniere“ war einmal gezwungen, seinen Soldaten den Befehl zu erteilen, den Gefangenen die Fesseln abzunehmen; denn wenn einer von uns von der Schaluppe, die uns an Land bringen sollte, ins Meer gefallen wäre, hätte er unweigerlich die andern alle mitgerissen.“

„Und bei der Ankunft?“
„Da begann erst die wirkliche Tragödie. Diese Bezeichnung kann man ohne Uebertreibung anwenden. Eine Tragödie, die sich jeden Tag und zu jeder Minute wiederholt. Die Verbannten dürfen nicht gehen und kommen, wie es ihnen beliebt. Erst am hellen Tag dürfen sie ihre Behausung verlassen, und um sieben Uhr des Abends müssen sie wieder zur Stelle sein. Jeden Morgen um neun Uhr haben sie sich an einem bestimmten Ort zum Appell zu melden. Während der Nacht kontrolliert die Miliz jedes Haus, um festzustellen, ob jedermann daheim ist. Oft kommt sie zwei- bis dreimal. Am Tag darf niemand ohne besondere Erlaubnis den Ort verlassen, und diese Erlaubnis wird nicht allzu häufig erteilt. Es ist verboten, mit den Einwohnern, und besonders mit Frauen, Gespräche anzuknüpfen. Es ist auch untersagt, daß die Kameraden untereinander Gruppen bilden; mehr als fünf Personen dürfen nicht zusammen gesehen werden. Das Gesetz des Faschismus hat dafür Strafen von drei Monaten bis zu einem Jahr angeordnet, wenn seine Bestimmungen nicht beobachtet werden. Der Briefverkehr der Verbannten steht unter strengster Zensur. Keine Fremden, nicht einmal Italiener, dürfen die Deportationsinseln betreten. Der Faschismus fürchtet ausser-scheinlich Untersuchungen, Angaben, die Möglichkeit von Protesten der zivilisierten Welt und der internationalen Presse. Auf Lampedusa und auf Ustica sind die politischen Verbannten zusammen mit den Verbrechern untergebracht, die eine Strafe nach dem Landesrecht zu verbüßen haben. Zur Ueberwachung gibt es überdies dreihundert bis fünfhundert Milizsoldaten und einige hundert „Karabiniere“ und Zivilagenten. Ich glaube, das genügt, um das Leben dort so unangenehm wie möglich zu gestalten. Aber die Faschisten haben Phantasie. Täglich vergnügten sie sich damit, obszöne Schlagere über die Ehrbarkeit der Frauen der Deportierten zu singen. Diese Lieder wechselten mit politischen Couplets, worin wir in unsern heiligsten Ueberzeugungen auf das gemeinste verhöhnt und die Namen unserer Märtyrer durch den Schmutz gezogen wurden. Hier ein Beispiel:

Colla carne di Matteotti
Noi faremo salsicciotti.

(Am dem Fleisch Matteottis werden wir uns Würstchen machen.)“

„Und das allen war noch nicht genug?“

„Nein. Man versuchte auf alle mögliche Weise, uns herauszufordern, um uns dann beim Sondergericht zu denunzieren. Die Inseln sind voll Spitzeln. Auf Ustica z. B. kam eines Tages ein gewisser Canovi an, den man im Jahre 1926 als Faschistenspion aus Frankreich ausgewiesen hatte. Er tat sein Möglichstes, ein Komplott anzuzetteln, und dann verklagte er eine große Zahl der Verbannten aller Parteien. Unter ihnen waren Sozialisten, Kommunisten, Republikaner und Anarchisten. Dieser Polizeispitzel behauptete, daß die Leute versucht hätten, ihre Parteien wiederherzustellen und die Miliz zu vergiften. Kurz nach zehn Monaten Untersuchungsfrist mußte das durchaus nicht zarte Sondergericht sie doch entlassen. Jedoch der Prozeß fand statt, und nicht ohne Ursache.“

Der Faschismus will den Gefangenen durchaus, koste es, was es wolle, das Leben unerträglich machen. Er will sie zwingen, um Gnade zu flehen, andernfalls bestraft er sie mit strengstem Arrest.

Und wenn die Kerkermeister glauben, daß niemand in ihre Schlingen fällt, weil man eher den Tod vorzieht, als sich zu ergeben und auf den Kampf zu verzichten, so erfindet der Faschismus noch andere Qualen. Man führt gegen die Deportierten Beschwerde wegen früher veröffentlichter Artikel in den Zeitungen der Opposition. Man wirft ihnen vor, an antifaschistischen Versammlungen vor deren Auflösung teilgenommen zu haben. Jede Woche müssen die Verbannten vor dem Sondergericht erscheinen, um sich wegen solcher Verbrechen zu verantworten, und viele Jahre Gefängnis werden über unsere Kameraden verhängt. Alles dieses schafft eine Atmosphäre, die die Nerven ruiniert.“

„Wie konnten Sie dieses Leben ertragen?“

„Wir hielten aus, weil wir unsern Glauben und unsern Willen hatten. Aber welchen Preis mußten wir bezahlen! Gewiß, von Zeit zu Zeit revoltierte der eine oder andere, weil seine Geduld zu Ende war. Ich muß Ihnen noch eine Episode erzählen. Sie wird Ihnen ein Bild der dortigen Lage entwerfen. Eines Tages ohrfeigte der Anarchist Del Moro einen Hauptmann von der Miliz, weil er dessen dauernde Provokationen nicht mehr ertragen konnte. Der Hauptmann verteidigte sich nicht, erstattete aber sofort Anzeige. Prozeß. Del Moro wurde wegen dieses geringfügigen Vorgehens zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Während er seine Strafe abbüßte, erfuhren wir, daß er — seinen Verstand verloren hatte. Er war in eine Irrenanstalt für Verbrecher übergeführt worden. Er ist ein fröhlicher, großzügiger Bursche gewesen und stark wie ein Bär. Ich erinnere mich seiner als eines guten Menschen.“

Für einen Moment fielen die Worte wie Hammerschläge von den Lippen des Erzählers.

(Deutsch von Margarete Michalowski.)

Kleines Feuilleton

Der Kampf gegen die Lepra

Auf einem in Moskau abgehaltenen Ärzte-Kongreß wurde der Beschluß gefaßt, den Kampf gegen die Lepra zu intensiveren und durch Gründung einer „Internationalen Lepra-Vereinigung“ zu unterstützen.

Lebendig gefärbte Pelze

Unter der Leitung des Zoologen Prof. Hjn wird zur Zeit in Rußland eine Pelztierzucht eingeleitet, die nach ihrer Vollendung die größte der Welt sein soll. Von besonderem Interesse sind die Experimente, Pelze in jeder gewünschten Farbe am lebenden Tier zu züchten. Die Behandlung der Versuchstiere durch äußere Einflüsse auf den Pelz (Bestrahlung, Temperaturwechsel, Kafage mit bunter Vergiftung) wird unterstützt durch eigenartig durchdachte Futterzusammensetzungen.

Ein Fisch von 5000 Pfund

In Fort Lauderdale, Florida, wurde von Fischern ein ungeheurer Teufelfisch erlegt, der nicht weniger als 5000 Pfund wog. Der Riese wurde in einer Boot harpuniert und konnte von den fünf Menschen, die im Boot saßen, erst in mehr stündiger Arbeit aus Land gezogen werden. Das Weibchen des Teufelfisches, das ebenfalls erlegt wurde und anscheinend noch gewaltiger war, sank jedoch auf den Boden der Bucht, wodurch die Leine zerriß und trotz größter Anstrengung war es nicht möglich, das Ungeheuer auch nur um einen Zoll zu bewegen. Daraufhin wurde ein kleines Schiff mit Hebevorrichtungen gechartert, dem aber eine Bewegung des Teufelfisches ebensowenig gelang. — Der erlegte Fisch ist der größte, der seit zehn Jahren in amerikanischen Gewässern gefangen wurde.

Ausverkauf beim Schah

Auch der Schah von Persien scheint es nicht mehr „so dick zu haben“ wie seine Vorfahren: in New York landete dieser Tage eine in fünf Stahlresorten verpackte Sendung, die wesentliche Teile des berühmten Kronschatzes der persischen Könige enthält und die zum Verkauf bestimmt ist. Man spricht davon, daß einer der Vanderbilt's bereits ein phantastisches Angebot auf ein aus 66 Teilen bestehendes mit Edelsteinen besetztes Goldservis abgegeben haben soll, das im Palast in Teheran nur zu feierlichsten Gelegenheiten in Gebrauch genommen wurde.

Umgedrehte Häuser

Amerikanische Architekten haben endlich radikal die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß der Straßenlärm den Aufenthalt in Zimmern die nach der Straße zu liegen, schlechthin unerträglich macht. Mit Rücksicht auf diese Erkenntnis sind sie in letzter Zeit dazu übergegangen, die Häuser einheitlich nach einem anderen System zu bauen. Hier-nach liegen die Wirtschaftsräume, Küchen, Badezimmer und die Garagen nach der Straße zu; die Wohn- und Schlafzimmer gehen aber nach hinten. Voraussetzung dafür, daß dieses System sich auch durchsetzt, ist, daß der Ausblick aus den Wohnräumen nicht auf trostlose Mietskasernenrückwände geht. Diesem Bedürfnis wird durch Anlegung von Grünflächen hinter den Häusern Rechnung getragen. Mit dieser neuen Bauweise nähern sich die Amerikaner in auffälliger Weise der, die seit Jahrtausenden im Orient besteht, in dem auch nach der Straße gehende Wohn- und Schlaf-räume bis heute unbekannt sind.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

1. Fortsetzung

Er hört hinter sich Schritte. Der Mann kommt hinter ihm her. Also doch, also doch! ... Die Schritte größer machen. Nicht rennen. Bis zur Straßenecke, dann die Straße hinunter. Fort, nur fort. Nun flimmert es Hans vor den Augen. Jetzt werden sie ihn fassen, zum Alex bringen. Die blaue Minna. Das Gefängnis. Die Zelle ... Da ist der elegante Herr neben ihm. Satt. Mustert ihn von der Seite, von oben bis unten. Sicher hat der Geld, schießt es dem Jungen hoch.

„Tasse Kaffee trinken?“ fragt der Herr. Tasse Kaffee trinken? Ach je, ach je, Hans friert ja längst nicht mehr. Auch der Hunger ist weg. Aber der Herr ist freundlich: „Komm mit.“ Tasse Kaffee. Nein. Kannchen Kaffee und ein Stück Kuchen. Und es sitzt sich hier ja so geborgen.

Der Herr ist zufrieden. Lächelt. Hans fühlt sich beobachtet: ißt, trinkt, schluckt, stiert. Dann liegt eine Hand auf seinem Knie. Streichelt ihn. Eine saubere Hand, ein Ring blitzt. Hans hat plötzlich Angst. Der sieht ihn so an. Der will doch was.

Dann gehen sie durch die Straße, zurück zum Tiergarten. Was will der Herr? —

Der ist nicht Polizei. Hans fühlt das jetzt. Nun fragt der ihn was und Hans erschrickt. Es dröhnt in seinem Ohr: „Ein Schwuler!“

Die Beine sind nun wieder kalt und steif. Sie wollen nicht mehr: tapp und tapp. — Ein Schwuler! Ein ...

Beim Brandenburger Tor reißt sich Hans los. Der Herr ruft ihm nach: Hallo, halt doch, Bengel.

Hans läuft schneller. Der Herr läuft auch, aber nur ein paar Schritte, dann bleibt er stehen. Sieht dem Flüchtenden nach. Zieht an der Zigarre, verzicht enttäuscht den Mund. Dann geht er noch ein paar Schritte. Unentschlossen. Am Briefkasten macht er halt.

Ach so! Ja, der Brief. Er holt aus dem Mantel das Schreiben, sieht sich die Aufschrift an, die Marke, dann läßt er ihn in den Kasten fallen.

Der Junge ist fort. Fast schon vergessen. — Der Herr geht zurück nach den Linden. Hans trabt in kurzem Galopp nach dem Potsdamer Platz.

Kurz vor dem Potsdamer Platz geht Hans langsamer. Achtung!

Jetzt am Posten vorbei. Eilig wie andere junge Leute. Nichts ist geschehen. Hans hat nicht unterschlagen, hat nicht gestohlen. Hans geht nur nach Hause. Hat sich verspätet.

Aber doch ohne Atem und erhitzt schiebt er an dem Polizeiposten vorüber. Der ist mittrauisch. Die Bürschehen, die um diese Zeit von da oben kommen und so aussehen, die kennt man schon ...

Man sollte ihn anhalten ... Aber da ist Hans schon vorüber.

Es nieselt nicht mehr. Es regnet. Es tröpfelt und klatscht. Die Straße ist blank. Lichter spiegeln sich in der Nässe. Autos. Autos.

„Hildebrandtschokolade“ schreibt sich mit flammenden Kerzen an die Häuserwand. Haben, haben, denkt Hans.

An ein paar Mädchen trabt er vorüber, die an die Hauswand gedrückt, frierend, mühsam auf Kundschaft warten.

Wo will er hin? Wo will ich hin? Der Regen geht durch die Jacke, durch die Hose, durch das Hemd. Hans friert nicht mehr.

An einer Haustür bleibt er stehen. Hier ist er geschützt. Ein Pärchen steht schon da. Unterhält sich, sie lacht geziert, wenn er, männlich überlegen, auf sie einredet.

Er weiß, was er will. — Sie will, was er meint. Aber sachte, sachte. Heute nicht, morgen nicht. Dann vielleicht. —

Hans hört halb hin. Halb hört er auf die Schritte der Vorübergehenden.

Jetzt kommt ein Mann. Polizei? Dieser verdammte Gedanke, diese verdammte Angst. — Es ist ein Mann mit einem Koffer. Er will vielleicht zum Anhalter Bahnhof. Er will vielleicht verreisen. Nach Hamburg oder nach Köln. Aber dann muß er ja zum Lehrter Bahnhof, wenn er nach Hamburg will.

Hans denkt und denkt und reist in Gedanken mit. Wenn man doch Geld hätte.

Nach Stettin vom Stettiner Bahnhof. Nach Köln vom Bahnhof Friedrichstraße. Nach Hamburg vom Lehrter Bahnhof.

Nach Hamburg. Ach ja. Wieder Schritte. Polizei? —

Ja, diesmal Polizei. Zwei blaue Mäntel schwanken, tapen heran. Zwei blanke Tschakos oben drüber. Das Licht vom Europahaus spiegelt sich feierlich darin. Dumpf strahlt Hans ihnen entgegen. Jetzt ist es aus. Warum steht er auch hier? ...

Krach und krach. Sie sind vorüber. Tapp und tapp. Aus.

Nichts versteht Hans. Sie waren da, vor

ihm, sind vorbei. Nicht einmal angesehen haben sie ihn. Das Pärchen ist fort. Hans hat sie nicht gehört. Da geht Hans die Straße entlang, am Bahnhof vorbei zum Halleschen Tor. Wohin will ich? Wohin will er?

Nun überholt er die beiden Blauen. Warum soll er nicht? ... Sie beachten ihn nicht. Sie kennen ihn nicht? Sie wissen nicht, daß er Hans Schulze, Arbeitsbursche, vor drei Tagen bei der Firma Friedländer, Königstraße, eine Unterschlagung begangen hat?

Dreihundachtzig Mark hat er einkassiert. Nicht abgeliefert. Unterschlagen. Bis auf den letzten Pfennig ausgegeben. Die Polizei kennt ihn nicht?

Gut, gut. So dumm sind die ... Hallesches Tor. Belle-Alliance-Platz. Wohin? Da ist die Friedrichstraße.

Da ist auch wieder der Hunger. Und da kommt die Angst. Das ist nicht Angst. Nur so ein Drücken im Kopf. Die Augen tun ein bißchen weh. Der Hals ist trocken. Man muß immerzu schlucken.

Die Friedrichstraße hat dreihundertsiebzig Häuser. Wer geht sie vom Halleschen Tor bis zum Bahnhof Friedrichstraße entlang?

Niemand hat das nötig. Die Nuttchen haben ihre Straßenecke. Sie können nur bis zur nächsten Ecke. Da stehen die anderen.

Die anderen sind viele und immer gibt es Krach. Leben und leben lassen. Jedes will satt werden.

Kein Postbeamter muß die ganze Straße entlang. Die Friedrichstraße hat mehrere Bestellpostämter. Und gehört zu mehreren Revieren der Polizei.

Nur Hans muß die ganze Straße entlang gehen. Er muß, er muß.

Die Beine bewegen sich. Wie aufgezogen geht das weiter. Nicht schnell, nicht langsam. Links Häuser. Rechts Häuser.

SAP

Bezirk Hannover

Sonntag, 8. Mai, 9 Uhr, im „Burghaus“ in Hannover, Eingang Burgstraße.

Bezirksparteitag.

Tagessordnung:

1. Die politische Lage nach den Wahlen. Referent Gen. Portune, MdR.
2. Bericht der Bezirksleitung. Bericht-erstattet Gen. Brenner.
3. Beschlussfassung über ein Bezirksstatut. Bericht-erstattet Gen. Schorch.
4. Wahl der Bezirksleitung.
5. Verschiedenes.

Der Konferenz geht Sonnabend, 7. Mai, eine Sitzung der Gesamtbezirksleitung voraus. Sie beginnt 18 Uhr und findet im Büro, Baringstraße 3, statt.

Die Bezirksleitung.
L.A.: Otto Brenner.

Frankfurt a. M.

Die Pflegesätze in den hiesigen Krankenanstalten sind ab 1. Mai ermäßigt worden, und zwar für Erwachsene von 6,75 Mark auf 6 Mark, für Kinder von 5 Mark auf 4,50 Mark. Hierzu kommt ein Zuschlag von 0,40 bzw. 0,30 für therapeutische Behandlung. Der Pflegesatz für Auswärtige entspricht dem für Einheimische.

Der Kommunist Gertel war wegen Körperverletzung im Schubobenaugen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. In diesen Tagen mußte das Landgericht das Urteil aufheben. Ein seltener Fall, daß die Klassenjustiz sich selbst korrigiert. Am 8. März schritt im „Roten Eck“ die Polizei gegen demonstrierende Kommunisten ein. Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Polizei flammte mit dem Gummiknüppel dazwischen. Ein Polizist wurde durch einen Messerstich verletzt. Der Kommunist Gertel wurde als mutmaßlicher Täter verhaftet und wegen Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein Verteidiger legte gegen das Urteil Berufung ein. Die erste Strafkammer im Landgericht Frankfurt a. M. mußte sich erneut mit dem Fall Gertel beschäftigen. In der Verhandlung vor der Strafkammer erwickelten sich die als Belastungszeugen erschienenen Polizisten darauf in Widerspruch, daß die Anklage erschüttert wurde. Das Gericht erkannte auf Freispruch.

Straßenbahnunglück. An der Gallusanlage wurde ein Straßenbahnführer von einem Trambahnwagen der Linie 23 schwer verletzt. Der Schaffner machte sich auf der linken Seite des Trambahnweges auf dem Nebengleis einführte, den Wagenführer erfaßte und einige Meter mitgeschleifte. Mit schweren Verletzungen wurde der Wagenführer ins Krankenhaus geschafft.

Halle (Saale)

In der Mitgliederversammlung der SAP wurde bei einer Stimmhaltung eine Resolution angenommen, der wir folgendes entnehmen. Die Hauptursache dafür, daß der SAP kein größerer Erfolg beschieden war, besteht in der tiefverwurzelten Anschauung in den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft, daß jede neue Partei als ein Symptom der weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu bewerten ist. Neben dieser Hauptursache gab es eine ganze Anzahl objektiver Schwierigkeiten, die einem größeren zahlenmäßigen Erfolg entgegenstanden. Die wichtigste Lehre des Wahlausganges besteht in der Erkenntnis, daß die Funktion und Rolle unserer Partei in erster Linie in der Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei besteht muß, die den Erfordernissen des Klassenkampfes entspricht. In dieser Hinsicht müssen die Manöver der KPD, eine Wendung ihrer verderblichen Politik vorzutäuschen, stärkste Beachtung finden. Die Versuche der KPD-Führung zur scheinbaren Wendung sind der Ausdruck des starken Unwillens der KPD-Mitglieder. Die Politik der SAP muß darauf gerichtet werden, diesen Unwillen der KPD-Mitglieder in die wirkliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gesamtrevision des scheinrevolutionären Kurses der KPD umzumünzen. Dieselbe Aufgabe hat die SAP gegenüber den SPD-Arbeitern, die vom Reformismus losgelöst und für den revolutionären Klassenkampf zurückgewonnen werden müssen. Diese Aufgaben können am besten erfüllt werden durch die Bejahung und Stärkung unserer Partei.

Zeitz

Die Mitgliederversammlung der Partei beschäftigte sich mit den Ergebnissen der Preußenwahlen. Die Aktivität des einzelnen wird und muß in weit stärkerem Maße als bisher sich steigern. Fast unüberwindbar erscheint die Finanzfrage, die durch den Opfermut der Genossen immer wieder gelöst wurde.

Du bist der, auf den es ankommt!

Verlange noch heute Bestellscheine u. Probenummern deiner Zeitung, der

SAZ

Parole: Jeder gewinnt einen neuen Abonnenten!

Kirche und 1. Mai

In Stützerbach spielte sich am 1. Mai eine kleine Grotteske ab, die gleichzeitig die tragische Entwicklung der Arbeiterbewegung widerspiegelt. Die hauptsächlich in der Glasindustrie beschäftigten Fabrik- und Heimarbeiter, die sich von ihren kümmerlichen Löhnen nur unzureichend ernähren können, sind auf ein zusätzliches Einkommen aus dem Ertrag der primitivsten Bodenbewirtschaftung angewiesen. Natürlich darf dabei die Arbeitszeit nicht irgendwie in Anrechnung gebracht werden, sonst würde sich der illusorische Nutzen in einen großen Schaden verwandeln. Ein paar Zentner Kartoffeln und ein paar Pfund Fleisch mehr kann sich der Mann, der seinen Acker bestellt und ein Schwein aufzieht, im Vergleich zu dem Nischddüder und Nischddüder (Nichtstuer und Nichtstager) schon leisten, wenn er nur jede freie Stunde auf dem Felde tätig ist und sich recht brav um sein Horstentier bemüht. So ist es seit alterher Brauch, auch den Sonntag durch Arbeit zu „entheiligen“, und die Kirche hat daran nie Anstoß genommen, solange sie ihrer Schäfchen eingekerkelt sicher war, blieben sie dann doch genügsam und bescheiden und fügten sich ergeben in ihr hartes Schicksal. Seit aber die Freidenkerbewegung im Orte Fuß gefaßt hat, ist es etwas anders geworden, und die Kirche bietet alles auf, um dem wachsenden Unglauben zu steuern. Und nur auf diese Weise ist das folgende ulkige Vorkommnis zu erklären:

Der 1. Mai war gekommen. Die klassenbewußten Arbeiter, die leider in drei Parteien zersplittert sind, sammelten sich zu Morgenwanderungen. Andere trafen Vorbereitungen zu den für den Nachmittag geplanten Kundgebungen. Die meisten Arbeiter aber vergaßen, daß der Weltfeiertag des Proletariats die zur Arbeit verpflichtet, und in Scharen zogen sie hinaus auf die Aecker, um sie im Schweiß ihres Angesichts zu bestellen. Was kümmerte sie der 1. Mai? Es war ja

doch alles „Blod ann“ und „Wichltuere“ der „Veren-unier“. Jeder Tag war Gewinn für ihre Tasche. Also entbehrten sie auch dieses Mal nicht nur den Sonntag, sondern auch ihren eigenen Weltfeiertag, entweihten sie ihre eigene heilige Sache, für die ungezählte tapfere Klassenkämpfer ihr Blut vergossen hatten. Gegen diese Entheiligung war die klassenbewußte Arbeiterschaft machtlos, nicht aber die Kirche, die auf ihrem Schein bestand und den Beweis erbringen wollte, daß sie in der freiesten Republik der Welt immer noch stärker ist als das gesamte sozialistische Proletariat. Und so waren denn die Freveler kaum auf ihre Felder gezogen, um sie mit Spaten und Harke zu durchwühlen, als die heilige Hierarchie in Gestalt des Gemeindepöbelisten plötzlich auftauchte und ihnen die Arbeit kurzerhand untersagte. Angeblich sollte eine Verfügung des thüringischen Ministeriums vorliegen, wonach für strikte Einhaltung der Sonntagsruhe Sorge zu tragen wäre. Wie dem auch sei, die Leute wurden Mann für Mann von den Feldern heruntergeholt, und die Kirche zwang sie, den 1. Mai, ihren eigenen Weltfeiertag, wider Willen festlich zu begehen. Welch eine Ironie! Nicht aus eigenem Antrieb ließen die Arbeiter am 1. Mai die fleißigen, viel zu fleißigen Hände ruhen, sondern die Kirche mußte sie dazu zwingen! So wurde die Kirche unfreiwilliger Helfer für die Heiligung eines proletarischen Festtages. Unfreiwillig? Fast müde es wie eine geheime Absicht an, die Arbeiterschaft der Lächerlichkeit preiszugeben, ihr zu dokumentieren, daß in diesem Jahre der 1. Mai nicht der Weltfeiertag des Proletariats, sondern ein hoher Feiertag der Kirche sei, dessen Heiligung die Kirche besonders zu überwachen habe. Und die Arbeiter, die der Kirche noch nachlaufen und ihre eigene Sache in kleinem Eigenmutz schänden, haben diesen Hohn sicher reichlich verdient.

Nachlese zum 1. Mai

Aus dem Reiche laufen täglich bei uns noch Berichte über Maifeiern ein, von denen wir heute die letzten veröffentlichen:

In Mainz sprach Genosse Quessel, Darmstadt, über Sinn und Bedeutung des 1. Mai. Die Genossen des SJV leisteten prachtvoll Kollektivarbeit, die für uns und die vielen Sympathisierenden zu einem Erlebnis wurde.

In Peine wurde die Maifeier, deren Durchführung mit dem ADGB geplant worden war, im letzten Augenblick von dessen Lakaien sabotiert. Einen umso stärkeren Eindruck hinterließ darum unsere Abendfeier am 1. Mai, in der Genosse Rudolf Wiesener, Braunschweig, die Festansprache hielt. Die Jugendgenossen machten sich um die Aufführung der Revue „1914 bis Gegenwart“ verdient.

Bereits zur Walpurgisfeier am Vorabend des 1. Mai brachte die gemeinsam mit ADGB und SPD veranstaltete Feier in Cunewalde viele Hunderte von Arbeitern auf die Beine. An dem anschließenden disziplinierten Demonstrationsszug beteiligten sich über 200 Proletarier.

Die Mitglieder des Unterbezirks Zittau sammelten sich mit dem SJV in den Morgenstunden des 1. Mai zu einer eindrucksvollen Demonstration durch die Straßen von Zittau und Obersdorf. Genosse Fritz Bergt, Lobau, zeigte mit eindringlichen Worten das Ziel des revolutionären Kampfes auf.

Der Morgenspaziergang der Mühltruffer Arbeiterschaft am 1. Mai wurde zu einem Besuch der Kornbacher Genossen benutzt.

Eines Wortbrücher machten sich die Gewerkschaften uns gegenüber dadurch schuldig, daß sie bei der Maifeier in Langwiesem ausgeprochen einen Festredner von der Eisernen Front stellten. Dieser forderte u. a. die Regierung Brüning und den Reichspräsidenten auf, und zwar im Hinblick auf die geleistete Wahlhilfe, der sozialen Reaktion Einhalt zu gebieten.

In Gelenau wurde unser Plan, eine gemeinsame Maidemonstration aller Arbeiterorganisationen zustande zu bringen, von den Gewerkschaftssekretären und der SPD zerschlagen. Dagegen bedeutete unsere Maidemonstration in Scharfenstein, die gemeinsam mit unserer Ortsgruppe Großobersdorf durchgeführt wurde, eine imposante Kundgebung, an der auch eine große Anzahl SPD-Genossen teilnahm.

Die „radikale“ Tonart des „linken“ „Volksboten“ hat es außerdem verstanden, so suggestiv auf die Massen einzuwirken, daß um jede Stimme aus diesen Kreisen der Arbeiterschaft besonders gekämpft werden mußte. Er ließ doch die SPD ein Diskussions-Redeverbot an ihre Versammlungsleitungen gegen SAP-Genossen. — Zum Bezirksparteitag wurden delegiert die Genossen Hildebrand und Richter. Das Stadtverordnetenmandat des Genos-

sen Agricola soll, gegen sieben Stimmen, an die SPD zurückgegeben werden.

Die Maifeier, die von KPD und SPD getrennt durchgeführt wurde, von dieser mit besonders einseitig republikanischer Betonung, wurde für beide ein Erfolg. Begünstigt durch das schöne Wetter, vermochte die KPD fast 1000 Arbeiter in ihrem straffen Demonstrationsszug zu vereinen, die SPD das doppelte. Noch stärker wäre die Beteiligung gewesen,

SAP

Bezirk Groß-Thüringen

Ein Bezirksparteitag unseres Bezirkes findet Sonntag, 8. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Prinz Heinrich“, Udestadter Str., Erfurt, statt.

Tagessordnung:

1. Politische Referat des Gen. Rosenfeld.
2. Geschäftsbericht des Gen. August Stemann.
3. Kassenbericht der Genossin Hildegard Wagner.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.

Am Vorabend, Sonnabend, 7. Mai, 20 Uhr, im gleichen Lokal erweiterte Bezirksvorstandssitzung.

wenn die Freien Gewerkschaften, wie es ihnen zukam, die Feier inszeniert hatten, und zwar nur unter roten Fahnen, ohne den schwarz-rot-goldenen Rummel des Reichsbanners und der Eisernen Front. Der „Volksbote“ scheint wegen des KPD-Umzuges doch nachdenklich geworden zu sein, denn er unterläßt (welch ein Fortschritt!) jegliche höhnische und spotische Bemerkung. Jeder denkende Arbeiter, der beide Demonstrationen betrachten konnte, erkennt aber mit Deutlichkeit die Notwendigkeit und ungeheure Macht einer geeinten Arbeiterklasse.

Die Naturfreunde hatten mit ihrem Wilhelm-Busch-Abend infolge der geringen Besucherzahl nicht den Erfolg, den diese Veranstaltung verdient hätte. Es wäre zu wünschen, daß die kulturellen Veranstaltungen der N. im kommenden Zeitabschnitt von allen Kreisen der Arbeiterschaft stärker unterstützt werden.

Zu den wichtigen Versammlungen der Holzarbeiter und Metallarbeiter hat jedes Parteimitglied die Pflicht, daran teilzunehmen und auch stumme und abseits stehende Kollegen mitzubringen.

Heldenau

Das Verhalten der beiden „Bruder“-Parteien verhinderte hier die Teilnahme der SAP-Genossen an der Mai-Demonstration. Die Genossen vom SJV nutzten jedoch die Gelegenheit zum Zeitschriftenvertrieb. Am Stellplatz der KPD wurde ihnen der Verkauf unmöglich gemacht. Sie gingen dann neben dem SPD-Zug auf den Fußsteigen her und boten mit Erfolg den Neugierigen ihre Zeitungen an. Das veranlaßte die Eisernen, die Polizei zum Einschreiten zu bewegen. Konnte diese auch gegen den Vertriebsaufstand nichts einwenden, so unterzogen sie jedoch das Weiterverbreiten während des Umzuges. So stellt sich die SPD die Verwirklichung von Artikel 118 der Reichsverfassung vor! — Aber es kommt noch besser. Nach unserer eigenen Abendveranstaltung nahm der Jugendgenosse E. die Fahne, ans Fahrrad gebunden, mit nach Hause. Er wurde dabei von einem Jugendgenossen begleitet, der ihm ein Paket bis vor die Haustür tragen half und sich dann verabschiedete. Genosse E. schaffte zunächst dieses Paket in die Wohnung, kehrte nach zwei Minuten zurück, hörte hinter einem Zaune Geräusche und mußte im selben Augenblick das Fehlen der Fahne feststellen. Die Räuber entkamen. Nach Lage der Dinge richtet sich der Verdacht aber leider nicht auf Nazis, sondern auf SAJ-Genossen, die damit dem proletarischen Maitag einen schändlichen Ausklang gaben.

Netzsckau

Der Arbeiter-Gesangverein „Lyra“ unterhält seit einiger Zeit einen Kinderchor. Eingedenk des Wortes, daß, wer die Jugend hat, die Zukunft hat, will der Verein die Kleinen im Gesang ausbilden, eine Absicht, deren Ausführung unter dem bewährten Dirigenten, Hans Wolfgang Sachse, Plauen, auch gewährleistet ist. Die Singstunde findet jeden Montag, 18—19 Uhr, im Turnerheim „Vorwärts“, statt. Der Verein erwartet nun von allen Arbeitereltern von Netzsckau und Umgebung, daß sie die junge Bewegung tatkräftig unterstützen und ihre Kinder vom 8. bis 15. Lebensjahre dem Kinderchor zuführen.

Organisationsnachrichten

SAP Niederhalla. Sonnabend, 7. Mai, Mitgliederversammlung. Gen. Pinkau spricht über die Bildungsarbeit in der SAP. Gäste willkommen.

Freie Menschen Zwickau-Planitz. Sonnabend, 7. Mai, 19 Uhr, Volkstanzfest der Jugend im Volkshaus Planitz. — Sonntag, 8. Mai, ab 8.30 Uhr, daselbst Gymnastik, dann Volkstanzlehrgang. 12 Uhr anschließend Volkstanz im Plötzschbachgrund und Abschiedsfest. Teilnahmegebühr für beide Tage 50 Pf. Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pf.

W E R B T

für die „SAZ“

Tribüne der proletarischen Einheitsfront

Die Sozialistische Arbeiterzeitung sieht in der Bildung der proletarischen Einheitsfront, in der schleunigsten Bildung eines Kampfblocks aller Arbeiterorganisationen in Deutschland die einzige wirksame Abwehr gegen den drohenden Sieg des Faschismus, und die Rettung vor der drohenden Vernichtung der Arbeiterbewegung auf lange Zeit. Zugleich ist dieser Arbeiterblock die einzige Kraft, die einen proletarischen Ausweg aus der Krise des in seinen Grundfesten wankenden kapitalistischen Systems führen und einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung einleiten kann. Die „SAZ“ stellt deswegen ihre Spalten allen Klassengenossen ohne Unterschied der Partei zur Verfügung, die zur Erreichung des geraden Zieles positiv kritische Vorschläge und Anregungen zu geben haben. Die Redaktion übernimmt für die in dieser „Tribüne“ geäußerten Auffassungen keine Verantwortung, sie behält sich vor, von Zeit zu Zeit auf sie einzugehen. Sie fordert gleichzeitig alle Arbeiter zur regsten Mitarbeit auf und sichert den Einsendern, soweit es die räumlichen Verhältnisse erlauben, den ungekürzten Abdruck ihrer Diskussionsvorschläge zu.

Redaktion der „SAZ“.

Einheitsidee . . .

Unwissenschaftliche Betrachtung
eines Sozialisten

Zuerst ein kleines Erlebnis: Ich finde da einen mir bekannten Arbeiter im Studium einer bürgerlichen Zeitung vertieft. Auf meine Frage, ob es denn für ihn keine bessere gäbe, sprang er mir beinahe ins Gesicht und schrie: „Kann denn ein denkender Mensch überhaupt noch eine Arbeiterzeitung lesen, in denen sich die Führer aufs heftigste bekämpfen und in den Schmutz ziehen, wo sie das Gebot der Solidarität, die uns allein aus unserem Elend noch retten kann, tagtäglich mit Füßen treten? Es ekelt mich zu sehr.“ Wörtlich, so sagte der Mann, und ich war erschüttert über seine Verzweiflung. Vielleicht war er ein komischer Mensch . . .

Der Schrei nach Einheit und Zusammenschluß ist so alt wie die Arbeiterbewegung. Häufig die Gegensätze in der Vorkriegszeit im sozialistischen Lager noch geringere Bedeutung, so bewirkten sie während des Krieges und nachher in der Praxis ein wahrhaft katastrophales Ergebnis, das uns nicht nur durch den Wahlausgang mit furchtbarer Deutlichkeit vor Augen getreten ist. Es ist nun bezeichnend für die führenden Männer der Arbeiterparteien, daß sie das Gebot der Solidarität, klar und deutlich im kommunistischen Manifest ausgedrückt, in der Praxis zurückstellten, im Interesse ihrer Partei.

Wie kam das? Als die damaligen Volksbeauftragten der beiden Parteien prinzipienhalber auseinanderliefen, rissen sie die Kluft in der Arbeiterbewegung tiefer, anstatt sie zu überbrücken. Sie hatten ihre historische Aufgabe nicht erfaßt im Sinne der sozialistischen Entwicklung.

Es ist notwendig, auf diese bekannte Tatsache hinzuweisen, denn nur wenn man den Dingen auf den Grund geht, ihre Ursachen erforscht, kann man sie abstellen, so schwer es auch scheinen mag.

Es gibt keine Interessengegensätze zwischen sozialistischen und kommunistischen Arbeitern!

Wir wissen das aus der Praxis sehr genau. Ganz besonders nicht in der Zielstellung. Man hat es weder in den Versammlungen noch in den Zeitungen für nötig gefunden, hier aufklärend zu wirken. Die Gegensätze wurden künstlich erzeugt. Erst dadurch wurde die sozialistische Bewegung in den Schmutz gezogen, ein Kampf aller gegen alle begann. Leider bringen es die gut kleinbürgerliche Vereinsmeierei, das Vorhandensein der verschiedenen Temperamente und wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich, daß es bald einem „Führer“ gelingt, kleine oder größere Gruppen um sich zu sammeln. Es muß bei dieser Betrachtung daran erinnert werden, daß gerade nach dem Kriege in der Hochkonjunktur des Sozialismus eine Unmenge unqualifizierter Intellektueller aufstanden und mit ihren Schriften und Büchern mit dem Marxismus entlehnten Worten, aber in bürgerlichem Geist eine heillose Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter anrichteten. Jeder wollte seinen „reinen“ Sozialismus verwirklicht sehen.

Er wurde zum Sport für Unberufene! Der Leidtragende war die Masse, die gläubig von ihrem jeweiligen Führer alles Heil erwartete. Haben die Führer ihre Aufgabe erfüllt? Haben sie es versucht, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, dem gemeinsamen, meist instinktiven Drängen der Massen nach Befreiung richtigen Ausdruck zu

geben? Hatten sie wirklich, von der obersten Warte aus, Sinn und Verständnis für die Not der Arbeiterklasse? Nein, sie haben, meist in gutem Glauben, Parteigeschichte getrieben. Gewiß, sie rufen alle zur Einigung, aber diese Einigung heißt immer: Kommt zu uns, und da naturgemäß keine von den beiden großen Parteien mit Stolz auf ihre Vergangenheit und Erfolg blicken kann, wird dieser Ruf zwecklos verhallen.

Die vor Jahren bei uns ins Leben gerufenen Vereinigungsbestrebungen waren zum Scheitern verurteilt, weil man nachher mit dem Gedanken umging, eine neue Vereinigung zu gründen zwecks Vereinigung der Vereinigungsbestrebungen. Ein typisches Beispiel, welches uns die Schwere der Aufgabe zeigt, und die zu lösen doch unbedingt notwendig erscheint.

Es wäre ja nun eigentlich sehr einfach: Die Männer, die damals und auch heute noch, teils aus „theoretischen“, teils aus persönlichen Gründen die Idee der Einheit nicht verwirklichen wollen, müßten dazu gezwungen werden! Niemand würde seine Existenzberechtigung verlieren. Es werden alle gebraucht. Aussichtslos?

Und wenn man sie wie unartige Kinder zusammensuchen müßte! Man kann von unten herauf durch energische

Willensakundgebungen einen Druck ausüben! Dieser müßte in einer ganz losen Form gemeinsam ausgeführt werden, damit endlich mal dieses Schlagwort: „Diese oder jene Partei marschiert“ verschwindet.

Der Sozialismus soll marschieren.

Ein sehr großes Hindernis für das Aufkommen solidarischen Verständnisses und des Gemeinschaftsgefühls ist die heutige Arbeiterpresse. Was in dieser den Arbeitern zugemutet wird, beweist eben, wie weit wir schon heruntergerutscht sind, und es muß bei dieser Gelegenheit auf etwas Komisches aufmerksam gemacht werden. Beim Lesen sozialdemokratischer und kommunistischer oder anderer sozialistischer Wochen- und Monatschriften (geschrieben meistens wie für Intellektuelle) fällt einem der gemäßigtere Ton auf. Warum versucht man nicht diese Rücksichtnahme auch in der Arbeiterpresse kundzutun? Fürchtet man das Verständnis oder bangt man für seine eigene Lebensberechtigung?

Wollen wir nicht das Letzte verlieren, muß hier Wandel geschaffen werden. Der Kapitalismus ist ein menschenfressendes Ungeheuer. Im Reiche schöner Gedanken kann man ihm nicht zu Leibe rücken. Aber soll wirklich, aus der Vergangenheit lernend, der Gemeinschaftsgedanke verwirklicht werden, lernen wir von Braun und Severing, tolerant zu sein, aber nicht tolerant gegen den Klassengegner, seien wir tolerant, aber nur unter uns.

Max Krewerth

Komintern und SAP

Vorbemerkung: Die KPD hat unter dem Druck, der durch die Niederlage bei der Reichspräsidentenwahl und der preußischen Landtagswahl enttäuschten Massen so etwas wie eine Schwengung ihrer ultralinken Politik vorgezeigt. Was derartige „Wendungen“ bei der KPD und Komintern (Kom. Internationale) wert sind, zeigt nachstehender Artikel.

Die KPD treibt seit Jahren eine Politik, die sie zur völligen Ohnmacht verurteilt. Wollte man ganz absehen von einer Analyse der RGO-Politik, der Theorien über den Sozialfaschismus, über die nationale Befreiung usw., usw., so müßte schon allein die Tatsache, daß die Partei, die den Kommunismus auf ihr Banner geschrieben hat, gänzlich aktionsunfähig ist in einer Zeit, in der der Bankrott des kapitalistischen Systems klar auf der Hand liegt und die objektiven Verhältnisse selbst für den Sozialismus zeugen, den fähigen Menschen zeigen, daß irgend etwas falsch sein muß, daß eine Ueberprüfung der Politik notwendig ist. Jede verantwortungsbewußte Parteileitung müßte in einer Zeit, in der die aktive Konterrevolution, der Faschismus, so rasch wächst und, wie alle Tatsachen beweisen, zu einem Angriff auf die Arbeiterklasse die Vorbereitungen trifft, täglich und stündlich ihre Taktik an Hand der Ergebnisse prüfen und zu korrigieren suchen. Die Leitung der KPD ist keine solche verantwortungsbewußte Führung. Sie überprüft ihre Politik nicht an Hand der Ereignisse in Deutschland, sondern an Hand der in der Komintern geschmiedeten Thesen, und nicht die Auswirkung in der deutschen Arbeiterklasse liegt ihr am Herzen, sondern die Auswirkung bei den höhern Instanzen in Moskau.

Vor uns liegt Nr. 4 der „Kommunistischen Internationale“, die zwar das Datum des 25. Februar trägt, aber sehr viel später erschienen ist. Der Redaktionsartikel dieser Nummer beschäftigt sich mit den „ideologischen Fehlern in der Durchführung der Beschlüsse des 11. EKKI-Plenums“. In diesem Artikel werden alle sattem bekannten alten Theorien neu aufgewärmt und Dummheiten, die bereits aufgegeben waren, aus der Vorkammer wieder hervorgeholt. So z. B. wird der französischen kommunistischen Partei vorgeworfen, sie habe

„die Losung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus als die soziale Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie umgefälscht in die Losung des Kampfes gegen die sozialfaschistischen Führer (gesperrt im Original). Dem Verfasser dieses Artikels (es handelt sich um einen Artikel im theoretischen Organ der KP Frankreichs) ist es noch nicht aufgegangen, daß, wenn die Hauptstütze der Bourgeoisie nur die Führer der Sozialdemokratie wären, man mit der Sozialdemokratie leicht fertig werden würde.“

Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Zuerst waren alle sozialdemokratischen Arbeiter Sozialfaschisten. Daraus entstanden Parolen wie „heraus mit den Sozialfaschisten aus den Betrieben“ und ähnlicher Unsinn. Als selbst Blinde sahen, daß mit solchen Theorien nichts zu machen sei, kam die Belehrung von oben: ihr habt uns falsch verstanden, nicht die sozialdemokratischen Arbeiter meinen wir, als wir die geniale Theorie vom Sozialfaschismus erfanden, sondern die Führer. Die französische Partei bekämpfte nun die sozialdemokratischen

Führer als Sozialfaschisten, was sie aber nicht hinderte, zu einer Sekte herabzusinken, die heute kaum noch zehntausend Mitglieder zählt. Und nun besteht wieder ihr „ideologischer“ Fehler darin, daß sie nicht auch die sozialdemokratischen Arbeiter als Sozialfaschisten bezeichnet hat!

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird in dem genannten Artikel und noch in einem andern, mit „S. Schwab“ gezeichneten, der SAP gedacht. Wäre die Führung der Komintern heute noch fähig, die Prozesse, die sich in der Arbeiterklasse vollziehen, richtig zu werten, so müßte sie sehen, daß sich in der SAP Arbeiter zusammengefunden haben, die den Trennungsstrich zwischen sich und der arbeitserfreundlichen Politik der SPD endgültig gezogen haben. Sie müßte die Gründe

Städte vor dem Zusammenbruch

Die andauernde Verschärfung der Wirtschaftskrise bedroht die deutschen Gemeinden unmittelbar mit dem völligen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch. Es ist vor allem die ständige Vermehrung der Wohlfahrtserwerbslosen und der Krisenunterstützten, die die Gemeindefinanzen erschüttert. Auch der ständige Unterstützungsabbau bringt hier keinen Ausgleich, da dem Anwachsen der Wohlfahrtslasten ein ständiger Rückgang der Steuereinnahmen und der Einnahmen der Gemeindebetriebe gegenübersteht, der durch die dauernde Verschlechterung der Finanzausgleichsbedingungen der Gemeinden und zugunsten des Reiches und der Länder noch verstärkt wird.

In den letzten Wochen haben sich die Dinge derart verschärft,

daß die Katastrophe unmittelbar bevorsteht.

Kennzeichnend für diese Entwicklung ist ein Notruf des Reichsstädtebundes, der Spitzenkörperschaft der kreisangehörigen Städte, der sich hilfflehend an den Reichsfinanzminister wendet. Der Notruf fordert in einer ausführlichen Eingabe schleunige gesetzliche Maßnahmen, um die Städte überhaupt lebensfähig zu erhalten, und zwar erstens die sofortige Inangriffnahme der von den kommunalen Spitzenverbänden seit langem geforderten

Reform der gesamten Arbeitslosenfürsorge,

zweitens die sofortige Unterbindung jedes weiteren Zustroms von Wohlfahrtserwerbslosen aus der Krisenfürsorge unter gleichzeitiger wesentlicher

Erhöhung der Reichshilfen

und unmittelbarer Beteiligung auch der kreisangehörigen Städte an dieser Verteilung, beschleunigter Erlass der Durchführungsbestimmungen zur kommunalen Umschuldung, viertens Einführung eines umfassenden Lage-, Voll-

suchen und würde sie vielleicht auch finden, die diese Arbeiter davon zurückhalten, in die kommunistische Partei einzutreten. Aber die Führung der Komintern macht sich die Sache leichter. In dem Artikel von Schwab heißt es:

„Wer heute die Behauptung aufstellen wollte, daß Seydewitz abhängig sei teils von der Bourgeoisie, teils von der kommunistischen Partei, oder gar teils mit der ersten geht, teils mit der zweiten, der hätte den Charakter der Seydewitz-Partei nicht nur nicht verstanden, sondern würde allein schon mit dieser Behauptung Wasser auf die Mühlen der Konterrevolution leiten. Die Seydewitz-Partei ist auf der ganzen Linie heute abhängig von der Bourgeoisie und dem Sozialfaschismus. Sie geht ausschließlich mit der Bourgeoisie und ist eine offene Position der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse, die „linke“ Fraktion des Sozialfaschismus.“

Die SAP hat vor kurzem ihren Parteitag abgehalten. Versuchen die Instanzen der Komintern, die Beschlüsse dieses Parteitages zu analysieren, zu sagen, durch welche These die SAP die ungeheuerlichen Behauptungen der Kominternschreiber verdient hat? Nein, denn damit würden sie bei den Arbeitern vielleicht doch manchen Zweifel hervorrufen. Also lieber schimpfen und verleumden, ohne Beweise zu liefern, das ist weniger anstrengend und für den Augenblick vorteilhafter, denn von Verleumdungen bleibt immer etwas hängen.

Die Funktionäre der KPD, die auf die Stimme der Vernunft aus dem Komintern-Apparat hoffen, werden vergeblich warten.

Die Stimme der Vernunft kann nur aus der Arbeiterkraft kommen. In der Mitgliedschaft der kommunistischen Partei regt sich bereits Mißstimmung, man beginnt zu zweifeln an der Richtigkeit der Taktik in den Gewerkschaften und gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern. Einzig und allein diese Stimmungen können, wenn sie sich zu einem machtvollen Sturm der Empörung über die unfähige Parteiführung auswachsen, dem ultralinken Unsinn ein Ende machen und weglegen, was der geundeten Entwicklung der revolutionären Bewegung im Wege steht. Wie aber die Erfahrung lehrt, ist der Bürokratenapparat in der KPD stets in der Lage, auch die größten Mitglieder-Stürme, solange sie sich innerhalb der KPD bewegen, durch organisatorische Maßnahmen zu unterdrücken, zu liquidieren. Nur die Schaffung einer revolutionären Massenkraft neben und außerhalb der KPD wird die ultralinke und reaktionär nationalistische Apparatspolitik der KPD überwinden. Deshalb muß jeder wirklich revolutionär-kommunistisch genante Arbeiter innerhalb der SAP kämpfen für die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Arbeiterpartei.

streckungs- und Konkurs-schutzes durch Reichrecht zugunsten der Städte, und schließlich fünftens die Schaffung von Bestimmungen, durch welche unverschuldet in Zahlungsverzug geratene Städte vor den Rechtsfolgen des Schuldnerverzuges geschützt werden.

Noch bezeichnender für die den Gemeinden unmittelbar drohenden Gefahren war die Rede des Berliner Stadtkammerers Asch in der jüngsten Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Danach weist der Berliner Haushaltsplan für 1932/33 ein

Defizit von 113 Millionen

auf, nach dem schon in den beiden vorangegangenen Jahren ein ungedecktes Gesamtdefizit von insgesamt mehr als 100 Millionen verblieben ist. Asch erklärte wörtlich:

„Diese erschreckenden Ziffern zeigen, daß Berlin ebenso wenig wie die Mehrzahl der übrigen deutschen Städte nicht mehr in der Lage ist, aus eigener Kraft in diesem Jahre durchzukommen!“

Asch zeigte auch — wenn auch nur sehr schonend — die tieferen Ursachen auf:

„Dieser Einnahmerückgang ist aber nicht nur durch die Berliner Wirtschaftsentwicklung bedingt, sondern verschärft durch die Eingriffe der Reichs- und Staatsregierung, die ich nur mit den

bittersten Empfindungen darlegen kann.“

Wir haben volles Verständnis für diese „bittersten Empfindungen“ des Berliner Stadtkammerers, da es natürlich schmerzt, zusehen zu müssen, wie das Reich wohl volle Hände hat, wenn es gilt, die großen Privatbanken zu unterstützen, dagegen keinen Finger rührt angesichts der unerträglich gewordenen finanziellen Notlage der Gemeinden. Es bedarf aber auch nur dieser Erinnerung, um mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß sich das Reich um den Appell des Reichsstädtebundes so wenig scheren wird wie um alle früheren Notschreie.

25% Lohnabbau im Baugewerbe

Die Arbeit der von Stegerwald eingesetzten Sonderschlichter

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die jetzt im Gang befindliche neue Lohnabbau-Offensive, geführt von Brüning-Stegerwald, alles Bisherige, selbst den großen Raubzug durch die Dezembernotverordnung noch weit übertrifft. Die vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Sonderschlichter „zur Neuregelung der Bauarbeiterlöhne“ haben alle Wünsche und Befehle der Unternehmer erfüllt. Die von ihnen festgesetzten Lohnsätze gehen weit hinter die Vorkriegslöhne zurück, wo bekanntlich der Kaufwert der Mark viel höher war als heute.

Das ungeheuerliche Ausmaß des Lohnabbaus für alle Bezirke des Reiches geht aus nachstehender, vom Baugewerksbund im „Vorwärts“ veröffentlichter Zusammenstellung hervor.

„Die bisher für das Baugewerbe vorliegenden Schiedssprüche sprechen einen Lohnabbau bis zu 22 Proz. aus! In einem einzigen Lohngebiet beträgt der Lohnabbau „nur“ 11,7 Proz. Im Freistaat Braunschweig beträgt nach dem Schiedsspruch der Spitzenlohn für Facharbeiter 93 Pf. Es geht herunter in Lohnklasse V bis auf 62 Pf. Der Tiefbauarbeiterlohn bewegt sich zwischen 68 und 46 Pf., worauf angesichts der Propaganda für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ besonders aufmerksam gemacht werden muß, weil dieser ja auch mit den „hohen Bauarbeiterlöhnen“ gerechtfertigt werden soll.

In Bayern ist der Maurerlohn um 16,5 Proz. abgebaut worden, in der Lohnklasse I sogar um 19 Proz. Stundenlöhne über 1 Mark gibt es in Bayern nicht mehr. In der Lohnklasse I (Mittelstädte) werden für Maurer 85 Pf. pro Stunde gezahlt. Für alle übrigen Bauarbeiterkategorien bewegt sich in Bayern der Lohnabbau zwischen 20,8 und 15,5 Proz.

Im Bezirk Nordwestdeutschland werden in der Lohnklasse I (Stadt Hannover) einschließlich Verkehrszulage an Facharbeiter nur noch 95 Pf. und an Tiefbauarbeiter 70 Pf. pro Stunde gezahlt. In den übrigen Lohnklassen bewegen sich die Facharbeiterlöhne zwischen 90 und 57 Pf., der Tiefbauarbeiterlohn zwischen 65 und 47 Pf.

Der Schiedsspruch für Württemberg senkt die Löhne in der höchsten Ortsklasse um 23 auf 92 Pf., was einem Abbau von 20 Proz. entspricht; in den niedrigeren Lohnklassen wird der Lohn um 19,6 und um 12 Proz. gesenkt; das macht im letzteren Fall einen Stundenlohn von 66 Pf. aus. Tiefbauarbeiter erhalten in der höchsten Klasse 70 Pf., in der untersten 51 Pf.

In Oberschlesien sollen Facharbeiter in der höchsten Lohnklasse 71 Pf., in der untersten 58 Pf. erhalten! Tiefbauarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 44 bis 38 Pf.! Der Abbau bewegt sich zwischen 15,9 und 11,7 Proz.

Im Lohngebiet Kassel wurde der Facharbeiterlohn in der obersten Lohnklasse um 14,3 Proz. gesenkt, das macht 15 bis 18 Pf. pro Stunde. In den übrigen Lohnklassen beträgt der Abbau 17,3 bis 20 Proz.

Ähnlich wie in diesen Stichproben steht es mit dem Abbau auch in den übrigen Lohngebieten. Bei den Bauunternehmern in Pommern scheint sich der dort grassierende Nazigeist besonders auszuwirken. Sie ließen einfach selbstherrlich verkünden, daß vom 2. Mai an nur noch die von ihnen diktierten Löhne Geltung haben. In Großstettin wollten die Unternehmer den Maurern nur noch 81 Pf. Stundenlohn bezahlen, d. h. den Lohn um 25 Proz. abbauen. In

den übrigen Lohnklassen sollen nur noch 69 und 56 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Tiefbauarbeiterlöhne sollen nach dem Diktat der Unternehmer zwischen 66 und 39 Pf. liegen.

In den meisten Bezirken sind die neuen erheblich abgebauten Löhne aber erstmalig zum 31. Oktober d. J. kündbar erklärt. Der Zweck dieses Termins ist, den Neubeschluß der Tarifverträge in die für die Bauarbeiter ungünstigste Jahreszeit zu verlegen und damit den Abschluß überhaupt zu verhindern.

Der „Vorwärts“ bringt die oben unerhörten Angriff auf die Arbeiterschaft mit der für ihn bezeichnenden Überschrift: „Wirtschaftsmord“. Das besagt, daß dem „Vorwärts“ die Sorge um die kapitalistische Wirtschaft weit höher steht als die Not der Arbeiterschaft.

Gewiß wird die Krise durch den fortgesetzten Lohnabbau immer mehr verschärft. Aber das ist einer der vielen kapitalistischen Widersprüche. Das wissen auch die Kapitalisten. Wenn sie trotzdem den Lohnraub fortsetzen, weil sie sich auch in der Krise ein Mindestmaß von Profit sichern wollen. Das ist aber zu einem großen Teil nur möglich auf Kosten der Arbeiter, eben durch Lohnabbau. Es ist daher weniger Wirtschaftssache als Arbeitermord.

Dagegen müssen die Arbeiter, die Gewerkschaften den Kampf führen. Nur und ausschließlich das Arbeiterinteresse darf sie dabei leiten. Die Wahrung der Arbeiterinteressen, auch nur die Aufrechterhaltung ihres bisherigen Lebensstandards wird heute mit der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft immer unvereinbar. Daher kann heute der wirkungsvolle Kampf gegen Lohnabbau nur ein Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft, gegen den kapitalistischen Staat sein.

Das bedingt aber die radikale Kursänderung in der Führung der Gewerkschaften. Es bedingt, daß die Bauarbeiter, wie alle übrigen Arbeiter und Gewerkschaften, den Kampf nicht auf das juristisch-gewerkschaftliche Gebiet, oder gar nur auf Schlichterverhandlungen beschränken, sondern die gewerkschaftlichen Machtmittel gleichzeitig zum politischen Massenkampf einsetzen. Das heißt nicht etwa, daß die Bauarbeiter nun nichts tun und warten sollen, bis ein politischer Massenkampf zustande kommt. Nein. Sie müssen jetzt überall, auch bei den ungünstigen Bedingungen, den Kampf, den Streik aufnehmen, aber gleichzeitig dafür sorgen, daß der Kampf durch Mobilisierung der übrigen Arbeiterschaft, besonders der Erwerbslosen und durch Aufstellung bestimmter politischer Ziele zu einem politischen Massenkampf gemacht wird.

Gemeindearbeiter seid auf der Hut! Erzwingt ganz bestimmte Kampfvorbereitungen

Nach den von uns am 1. Mai veröffentlichten Ankündigungen des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministers besteht kein Zweifel, daß den Gemeindearbeitern in ganz Deutschland zum 1. Juni ein Lohnabbau von mindestens 10 Prozent, d. h. in vielen Fällen bis zu 20 Prozent und mehr diktiert werden soll.

Die Regierung firmiert diesen neuen Lohnraub wieder mit der berühmten „Angleichung“ der Gemeindearbeiterlöhne an die der Staatsarbeiter. Das ist ein widerliches Täuschungsmanöver.

Einmal ist schon oft nachgewiesen worden, daß hier eine „Angleichung“ völlig sinnlos ist, weil es sich um ganz verschiedene Arbeiterkategorien handelt. Soweit Vergleiche möglich sind, wie etwa bei den Arbeitern der städtischen und der staatlichen Elektrizitätswerke, so weichen hier die staatlichen Handwerkerlöhne infolge von Fachzulagen u. a. m. von den übrigen Staatsarbeiterlöhnen ab und stehen damit ohnedies den Gemeindearbeiterlöhnen nahe.

Zum andern aber, und das ist das Entscheidende, ist die ganze „Angleicherei“ insofern ein fauler Trick, als die Lohnsenkung immer wieder bei beiden Gruppen erfolgt. Wenn jetzt tatsächlich die Gemeindearbeiterlöhne auf das Niveau der Staatsarbeiterlöhne gesenkt würden, so werden trotzdem kurz darauf wieder die dann „zu hohen“ Löhne der Staatsarbeiter abgebaut. So kann man dann fortgesetzt „angleichen“.

Deshalb dürfen sich die Gemeindearbeiter auf eine Diskussion über den Schwandel der „Angleichung“ gar nicht einlassen, sondern müssen klipp und klar erklären: Keinen Pfennig Lohnabbau, andernfalls Streik!

Große Teile der Gemeindearbeiter sind sich offenbar der ganzen Größe der Gefahr noch nicht bewußt und geben sich der Hoffnung hin, daß auch diesmal wieder durch Verhandlungen „das Schlimmste verhütet“ werde, und daß man daher ruhig abwarten könne, was die Verhandlungen ergeben werden. Von dieser Einstellung scheint auch die unlängst stattgefundene Berliner Gemeindearbeiterversammlung, Sektion V (Reichs- und Staatsbetriebe) des Gesamtverbandes beherrscht gewesen zu sein. Man hat die Versammlung bezeichnenderweise mit dem „Aufmarsch der Hammerschaften unter Vorantritt einer Reichsbannerkapelle“ eröffnet. Orlopp als Referent legte dar, daß „eine weitere Kürzung der Arbeiterlöhne untragbar“ sei. Zum Schluß wurde eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Die Versammelten haben die feste Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften diesen Schlag mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln parieren werden, dank ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen im Kampfe gegen das Unternehmertum und alle reaktionären Regierungen. Es wird daher von der Reichsregierung gefordert, endlich den Vorschlag des ADGB anlässlich des Krisenkongresses — die Arbeitszeit

unter Erhaltung des jetzigen Realeinkommens ganz bedeutend zu kürzen — durchzuführen, um dadurch eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosenziffer herbeizuführen.“

Derartige Resolutionen haben in dieser Situation nicht nur keinen Zweck, sondern erzeugen falsche Hoffnungen, lenken von den jetzt in der gesamten Mitgliedschaft notwendigen Vorbereitungen für den unausweichlichen Kampf ab. Darum, Gemeindearbeiter, verlangt und erzwingt in den Versammlungen ganz konkrete Stellungnahme darüber, wie und mit welchen Mitteln der Abwehrkampf geführt werden soll, der nur erfolgreich sein kann, wenn die Masse der Gemeindearbeiter jetzt schon mobilisiert und als handelnder, aktiver Faktor eingesetzt wird.

Weitere Verschärfung der Devisenabgabe

Berlin, 3. Mai 1932.

Die Devisenlage macht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, einige Verschärfungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Ausland und dem Saargebiet notwendig. Falls bei solchen Reisen die Ausgaben im Ausland die Freigrenze (zur Zeit 200 RM. für den Kalendermonat) übersteigen, ist bekanntlich eine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle für die Mitnahme eines höheren Betrages erforderlich. Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden für nicht-geschäftliche Reisen künftig den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen. Bei Reisen zum Kurgebrauch im Auslande ist hierbei die Vorlage eines amtserztlichen Zeugnisses erforderlich. Auf die Freigrenze bzw. auf den von den Devisenbewirtschaftungsstellen genehmigten Betrag sind Anweisungen auf Leistungen im Auslande, wie Akkreditive, Hotelgutscheine usw. stets anzurechnen. Der entsprechende Betrag ist von den Reisebüros usw. im Reisepaß bzw. auf dem Genehmigungsbescheid einzutragen.

Bei Reisen zur Teilnahme an wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Tagungen werden die Devisenbewirtschaftungsstellen prüfen, ob ein besonderes Interesse an der Reise anerkannt werden kann, und die angeforderten Beträge angemessen sind.

Auch bei Geschäftsreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, daß die Anforderungen an Devisen als berechtigt anerkannt werden können.

Neue Verhaftung in der Sache „Felsenck“

In der Affäre „Felsenck“ ist gestern noch ein ehemaliger Nationalsozialist namens Meyer verhaftet worden, der in dem Verdacht steht, gleichfalls an der Tötung des Kommunisten Klemke beteiligt gewesen zu sein. Dementsprechend wurde auch die Voruntersuchung auf ihn ausgedehnt.

Arbeitslosengelder für Arbeitsdienst

Wer sind die Reaktionäre im Verwaltungsrat?

TU. Berlin, 4. Mai 1932.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat am Mittwoch nachmittag eine Vorlage über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes verabschiedet.

So kurz diese Meldung ist, so schwerwiegend ist sie für die ganze Arbeiterklasse. Es handelt sich hier um zweierlei. Einmal hilft hier der Verwaltungsrat an dem reaktionär-faschistischen Bestreben mit, den Zwangs-Arbeitsdienst möglichst für alle Arbeiter einzuführen. Zum andern aber werden hier die zur Unterstützung der Arbeitslosen bestimmten, zum großen Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht Gelder verschleudert. Denn es sind ungezählte Millionen, die hier von der Arbeitslosenversicherung genommen und derart mißbräuchlich verwendet werden. Hier muß einmal in aller Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen werden:

Wer ist dieser Verwaltungsrat?

Nach dem AVAVG besteht der Verwaltungsrat zu einem erheblichen Teil aus Vertretern der Arbeiterschaft. Wer sind diese Helden? Man hört nur fortgesetzt von den reaktionären, arbeitserfeindlichen Maßnahmen dieses Verwaltungsrates, aber man erfährt nie, was die „Arbeitervertreter“ dazu sagen. Stimmen sie dem immer zu, oder wenn sie dagegen sind, warum schlagen sie dann nicht in der Öffentlichkeit Alarm, warum rufen sie nicht die Arbeitslosen zum Kampf dagegen auf? Solange sie das nicht tun, sich vielleicht hinter der „Vertraulichkeit“ der Beschlüsse verschancen, sind sie mitschuldig an allen arbeitserfeindlichen Beschlüssen. Darum öffentliche Anprangerung aller Verwaltungsratsmitglieder.

Die Gelben gegen 40-Stundenwoche

TU. Berlin, 3. Mai 1932.

Der Deutschnationale Arbeiterbund und der Arbeiterbund Landesverband Berlin haben in der Angelegenheit der geplanten Einführung der 40-Stundenwoche an den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald folgendes Telegramm geschickt: „Die deutschnationale Arbeitnehmer-schaft erhebt schärfsten Protest gegen jede Maßnahme, die neue Gehalts- und Lohnsenkungen zur Folge hat. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht mehr herabgedrückt werden.“

Dieses Telegramm ist von den gelben Unternehmersöldlingen bestimmt im Auftrag ihrer Geldgeber, der Scharfmacherverbände, geschickt worden. Die heuchlerische Begründung ihres „Protestes“, daß „die Lebenshaltung nicht herabgedrückt“ werden dürfe, soll die wirklichen Urheber verdecken. Sie nimmt sich also besonders gut aus bei den Gelben, die jeden Kampf der Arbeiter gegen Lohnabbau durch Streikbruch zu verhindern suchen.

Das Interesse der Arbeiter gebietet die sofortige und die generelle, für alle Zweige geltende 40-Stundenwoche. Gleichzeitig muß aber der Kampf für vollen Lohnausgleich geführt werden.

Tarifverlängerung

In der Kölner Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der bisherige Lohn- und Manteltarif mit seinen unglaublich niedrigen Lohnsätzen (72 Pfennig in der Spitze) unverändert bis 31. Juli verlängert werden soll.

Ebenso soll der Angestelltentarif für die oberschlesische Montanindustrie (ohne Bergbau) bis zum 30. Juni verlängert werden. Die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch ab.

Tarifkonflikt in der englischen Baumwollindustrie

TU. London, 4. Mai 1932

Der Verband der Baumwollspinner und -Fabrikanten beschloß am Dienstag in einer Sondersitzung, das Lohn- und Arbeitsstundenabkommen vom Jahre 1919 für die Baumwollindustrie von Lancashire zu kündigen. Dieser Beschluß des Fabrikantenverbandes gibt jedem Arbeitgeber die Freiheit, in Zukunft die Löhne, Arbeitsstunden und andere Arbeitsbedingungen in seinem Betriebe nach eigenem Ermessen bestimmen zu können. Die Kündigung erstreckt sich auf rund 200 000 Weber. Eine Reihe von Fabrikanten wird wahrscheinlich das „Mehr-Webstuhl-je-Weber-System“ ohne entsprechende Lohnerhöhung einführen, während andere eine Lohnkürzung um 12½ v. H. erwägen.

Die Gewerkschaftsführer gaben die ausdrückliche Erklärung ab, daß sie sich auf keinerlei Erörterungen über Lohnherabsetzungen einlassen wollten, und sie teilten mit, daß die Beendigung des Abkommens zu einem Guerillakrieg zwischen Arbeitgebern und Handwerkern führen werde.

Festtagsrückfahrkarten mit verlängerter Dauer

TU. Berlin, 2. Mai 1932.

Die für das diesjährige Pfingstfest vorgesehenen Festtagsrückfahrkarten der Reichsbahn mit 33½ v. H. Ermäßigung gelten vom 11. bis 23. Mai 1932, und zwar zur Hinfahrt an den Tagen vom 11. bis 17. Mai einschließlich (die Hinfahrt muß am 17. Mai 24 Uhr beendet sein) und zur Rückfahrt an den Tagen vom 13. Mai 12 Uhr bis zum 23. Mai einschließlich (die Rückfahrt muß am 23. Mai 24 Uhr beendet sein).

Bisher war die Geltungsdauer für die Hinfahrt auf die Zeit vom 11. bis 16. Mai (Pfingstmontag) gelegt worden. Da jedoch mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage auch am Dienstag nach Pfingsten die Arbeit im allgemeinen noch ruht, ist die Geltungsdauer für die Hinfahrt auf Dienstag, den 17. Mai, ausgedehnt worden.

Dieselbe Regelung ist auch für die Arbeiterrückfahrkarten vorgesehen, deren Geltungsdauer ebenfalls vom 11. bis 23. Mai festgesetzt ist, und zwar derart, daß die Fahrt nach dem Wohnort an allen Tagen vom 11. bis 17. Mai 24 Uhr einschließlich und zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort an allen Tagen vom 15. bis 23. Mai einschließlich angetreten werden kann.